



# Protokoll

der 11. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Mittwoch, den 17. April 2024, um 15:00 Uhr

**Vorsitz:** *Claudio Miozzari, Grossratspräsident*  
**Protokoll:** *Beat Flury, I. Ratssekretär*  
*Sabine Canton, II. Ratssekretärin*  
*Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung*  
**Abwesende:** *Patrick Fischer (SVP); Daniela Stumpf-Rutschmann (SVP)*

## Verhandlungsgegenstände:

26.	Anzug 9 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Wahlen: Systematische Diskriminierung der Frauen durch die Beschränkung der Anzahl Zeichen für die «Angaben zur Person» .....	3
27.	Anzug Daniel Sägesser und Konsorten betreffend bessere Planbarkeit von Nachtsitzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Politik und Familie, Bericht des Ratsbüros .....	7
28.	Budgetpostulat 2024 Michael Hug betreffend Präsidialdepartement, 370 Kultur, 36 Transferaufwand (Jüdisches Museum), Bericht des RR .....	8
29.	Budgetpostulat 2024 Oliver Bolliger Präsidialdepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (QuartierJobs), Bericht des RR .....	9
30.	Budgetpostulat 2024 Pascal Pfister Präsidialdepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 31 Sach- und Betriebsaufwand (Freiwilligenprojekte gegen Einsamkeit), Bericht des RR .....	12
31.	Motion Pascal Pfister und Konsorten betreffend Freiwilligen-Projekte gegen Einsamkeit unterstützen, Stellungnahme des RR .....	15
32.	Budgetpostulat 2024 Raphael Fuhrer Bau- und Verkehrsdepartement, 661 Amt für Mobilität, 30 Personalaufwand (Velofachstelle), Bericht des RR .....	16
33.	Budgetpostulat 2024 Christine Keller Bau- und Verkehrsdepartement, 614 Stadtgärtnerei, 31 Sach- und Betriebsaufwand (Hundefreilaufzone "Merkuranlage"), Bericht des RR .....	18
34.	Motion Tobias Christ und Konsorten betreffend ein gesundes Stadtklima, Stellungnahme des RR .....	20
35.	Motion Tobias Christ und Konsorten betreffend eine zukunftsfähige Mobilität, Stellungnahme des RR ....	24
36.	Motion Lisa Mathys und Konsorten betreffend flankierende Massnahmen Autobahnzubringer Allschwil ZUBA, Zwischenbericht des RR .....	26
37.	Anzug Semseddin Yilmaz und Konsorten betreffend einem evt. Ausbau der Einsatztramlinie E11, Schreiben des RR .....	27
38.	Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend 30'-Takt im ÖV-Nachtnetz, Schreiben des RR .....	27
39.	Interpellation Nr. 22 René Brigger betreffend fehlende Publikumsnutzung im Claraturm, Schriftliche Beantwortung .....	27
40.	Motion René Brigger und Konsorten betreffend Anpassung Basler Baurecht an die Solaroffensive, Stellungnahme des RR .....	28
41.	Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend temporäre Erhöhung des Freibetrags bei der Sozialhilfe aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie, Stellungnahme des RR .....	29
42.	Anzug Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Verstetigung der angepassten Erhöhung des Freibetrags bei der Sozialhilfe zwecks Armutsprävention, Schreiben des RR .....	30
43.	Anzug Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend wirkungsvolle Senkung der Regulierungsfolgekosten, Schreiben des RR .....	30
44.	Interpellation Nr. 25 Michael Hug betreffend ist der Regierungsrat nicht interessiert an der Erhöhung der Stromproduktion in Basel?, Schriftliche Beantwortung .....	33
45.	Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Niederschwelliger Zugang zur Kriseninterventionsstation (KIS), Schreiben des RR .....	34



46.	Anzug Sarah Wyss betreffend die KIS muss im Akut-Spital bleiben - jetzt muss der Kanton handeln, Schreiben des RR.....	37
47.	Anzug Sarah Wyss und Konsorten betreffend Überprüfung der Assistenzstellen in Hausarztpraxen, Schreiben des RR.....	38
48.	Interpellation Nr. 16 Fleur Weibel betreffend Ankündigung von Sicherheitspersonal an zwei Kleinbasler Schulen, Schriftliche Beantwortung.....	38
49.	Interpellation Nr. 20 Eric Weber betreffend Zunahme der Notrufe, Schriftliche Beantwortung.....	39
50.	Interpellation Nr. 26 Anina Ineichen betreffend Velounfälle am Burgfelderplatz – Folgen und Learnings, Schriftliche Beantwortung.....	39
51.	Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Besteuerung der Einnahmen aus Einspeisevergütungen von Photovoltaik-Kleinanlagen und Netzentgelt, Schreiben des RR .....	39
52.	Interpellation Nr. 18 David Jenny betreffend steuerliche Attraktivität des Stiftungsstandort Basel-Stadt: Wie wird auf die Zürcher Konkurrenz reagiert? Schriftliche Beantwortung .....	40
53.	Interpellation Nr. 24 Béla Bartha betreffend Budget für Lehrmittel an den Schulen Basel-Stadt, Schriftliche Beantwortung.....	40



## Beginn der 11. Sitzung

Mittwoch, 17. April 2024, 15:00 Uhr

### 26. Anzug 9 Bruno Lötscher-Steiger und Konsorten betreffend Wahlen: Systematische Diskriminierung der Frauen durch die Beschränkung der Anzahl Zeichen für die «Angaben zur Person»

[17.04.24 15:00:43, 24.5076.01]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung und habe Ihnen folgende Mitteilung zu machen:

#### Grossrats-Reise

Am Freitag, 30. August, findet die traditionelle Grossrats-Reise statt. Die ist eintägig, sozusagen ein Ausflug und wird uns ins Baselbiet nach Bubendorf und auf das Schloss Wildenstein führen. Beat Flury wird Ihnen eine Einladung schicken verbunden mit einem Fragebogen mit fast schon schwierigen Fragen zu Programm, Essen, usw. und Sie sind gebeten, dies auszufüllen. Und dann freuen wir uns auf dieses Highlight nach den Sommerferien.

Wir fahren fort mit der Beratung. Traktandum 26.

Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Die SVP-Fraktion bittet Sie, diesen Anzug von Bruno Lötscher nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Es kam mir ein bisschen so vor mit, was tun wir mit einer Lösung, wenn kein Problem besteht. Wir glauben, hier gibt es nun wirklich keinen Grund, irgendwie bei dieser Zeichenanzahl eine spezielle Ausnahme dann zu machen für Frauen. Die Frauen werden ja hier in diesem Vorstoss explizit erwähnt. Bruno Lötscher insinuiert, dass eine systematische Diskriminierung der Frau vorliegt bei der Gestaltung dieser 64 Zeichen auf dem Wahlzettel. Also ich glaube nicht, dass das so ist, Bruno Lötscher, ich werde beispielsweise auch diskriminiert. Ich bin gelernter kaufmännischer Angestellter, wäre ich eine Frau, wäre ich kaufmännische Angestellte. Ich hätte einen Buchstaben weniger als Frau und hätte somit auch mehr Platz für eine andere Bezeichnung auf diesem Wahlzettel. Also zumindest die Bezeichnung systematische Diskriminierung erachte ich angesichts dieser Tatsache für doch etwas gewagt.

Nun hat natürlich Bruno Lötscher krampfhaft andere Beispiele gesucht, um seinen Vorstoss auch substantiell zu begründen und hat dann den Pilot respektive die Pilotin gefunden. Ja, das mag in diesem Falle tatsächlich zutreffen, nur vergisst Bruno Lötscher ja, dass man 64 Zeichen hat und diese ganz frei auswählen kann, wie man sie füllen möchte. Wir müssten vielleicht mehr die Diskussion darüber führen, ob diese 64 Zeichen noch genügend sind, insbesondere seit dem Zeitpunkt, als man begonnen hat, auch noch den akademischen Titel zu diesen 64 Zeichen dazu zu rechnen. Also ein Dr. jur. samt Interpunktion und Leerschlägen kostet in der Zwischenzeit einen Teil dieser 64 Zeichen. Früher war das nicht so. Sie sehen, ich bin schon sehr lange mit diesen Wahlformularen beschäftigt, wie wahrscheinlich auch Oliver Thommen, der nachher noch sprechen wird als Parteisekretär. Also ich glaube, das müsste man dann allenfalls eher sich überlegen, aber dann wieder für alle und dann wieder mit den gleichen Zeichen. Aber jetzt hier extra zu sagen, wenn jemand eine Pilotin ist statt ein Pilot, hat sie dann zwei Buchstaben mehr auf diesen 64 Zeichen zur Verfügung, ich glaube, das ist nicht zielführend, weil man in der Gestaltung ja derart frei ist, dass man auch schauen kann, was man alles darauf nehmen möchte. Und wenn einer dann eine ganz tolle Bezeichnung hat, die er nehmen möchte, die wahnsinnig lang ist, aber sehr wichtig wäre und wenn man sie abgekürzt, nicht versteht, dann ist ihm auch nicht geholfen. Also ich glaube, es wird auf diesen 64 Zeichen nie eine Lösung geben, die allen Ansprüchen abschliessend gerecht werden wird.

Und jetzt komme ich zum Schluss; und dann wage ich aber tatsächlich auch zu bezweifeln, dass diese 64 Zeichen sonderlich relevant sind, Bruno Lötscher. Ich weiss nicht, ob Ihre 64 Zeichen, die Sie benutzt haben, oder es wären vielleicht auch weniger gewesen, so entscheidend waren, um Ihnen dann eine Wahl in den Grossen Rat zu ermöglichen oder ob es auch gegangen wäre ohne diese Zeichen oder auch mit weniger oder mit noch mehr Zeichen zum gleichen Effekt geführt hätten. Insofern glaube ich, dass diese Zeichenanzahl auch nicht sonderlich relevant ist. Man wird, wenn man möchte, glaube ich, auch gewählt ohne 64 Zeichen, auch mit null Zeichen.

Insofern bitten wir Sie, diesen Vorstoss nicht dem Regierungsrat zu überweisen. Er hat, glaube ich, wenn es um die Gestaltung des Wahlzettels anbelangt, gerade auch im Kontext der Regierungsrats- respektive der Regierungspräsidentiumswahl im ersten Wahlgang, jetzt auch wieder beim letzten Mal im April andere Probleme, die vielleicht



gelöst werden sollten, um die hohe Anzahl ungültiger Stimmen zu reduzieren. Das ist ein echtes, auch demokratiepolitisches Problem, aber der Pilot, die Pilotin, das, glaube ich, gehört nicht dazu. Deshalb bitte ich Sie, den Anzug nicht zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Oliver Thommen.

*Oliver Thommen (GAB):* Eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, acht, neun, zehn, elf, zwölf, dreizehn - eins, zwei, drei, vier, fünf, Entschuldigung, Sie sind nicht in der GAB-Fraktion, ich habe kurz durchgezählt. Die systematische Diskriminierung der Frauen hat dazu geführt, dass das GAB 13 Frauen hat und fünf Männer, 72 Prozent. Das ist besonders bedenklich, wenn man daran denkt, dass das GAB noch zusätzlich etwas diskriminiert war bei den letzten Wahlen. Beim Wahlzettel von 2016 gab es die Regel, dass man jeweils die Partei noch vornedran schreibt. Das musste jede Kandidatin und jeder Kandidat so schreiben, das heisst, das JGB musste fünf Zeichen opfern, die Grünen sieben und BASTA sogar acht. Also Sie sehen, wir sind noch systematischer diskriminiert.

Ich möchte Ihnen jetzt aber sagen, warum Sie den Vorstoss trotzdem überweisen sollen, auch wenn es gewisse vielleicht systematische Fehlüberlegungen geben könnte, das weiss man nicht. Denn wenn Sie jetzt auch diesen Wahlzettel anschauen, und das hat der Vorredner auch gesagt, früher war der Titel exkludiert aus diesen Zusatzbezeichnungen und ich denke, da hat die Staatskanzlei auf die Wahlen 2020 hin etwas eigenmächtig entschieden. Wir haben das eigentlich schon bei der Diskussion um den Versand von Wahlunterlagen gesehen, dass die Staatskanzlei und der Regierungsrat sich auf den Standpunkt stellt, er wolle nicht prüfen müssen oder dafür einstehen müssen, was auf diesen Wahlzetteln geschrieben ist, genauso wie er es bei den Wahlunterlagen auch immer behauptet hat, und deswegen wurden von Seiten der Staatskanzlei die Titel gestrichen, weil man sagte, man kann nicht von jeder Person überprüfen, welcher Titel sie hat.

Ich sage jetzt nicht, dass die Titel so wichtig sind, dass sie wieder oben stehen müssen oder dass die in diesen Zeichen Platz finden müssen, aber ich denke, mit diesem Vorstoss hat der Regierungsrat den Auftrag zu prüfen, wie diese Zusatzbezeichnungen zustande kommen sollen, was könnte dort integriert sein oder was nicht. Man könnte sich auch überlegen, zum Beispiel die Berufsbezeichnung, die man ja sowieso auf dem Wahlvorschlagsformular separat aufschreiben muss, dass diese zum Beispiel genauso wie der Jahrgang, den man dort auch aufschreiben muss und der nicht zu den Zahlen zählt, auch wenn er jetzt nicht mehr wie 2016 oben, sondern unten steht, nicht mehr zu diesen Zusatzbezeichnungen gehört und das könnte der Regierungsrat prüfen, dass das eine gute Lösung wäre.

Da der Anzug jetzt eingereicht ist, denke ich, was man da mitnehmen kann und sollte, wäre wirklich auch zu schauen, die SVP will es aus diesem Grund ablehnen, ich will aus dem gleichen Grund überweisen, nämlich zu schauen, welchen Einfluss haben diese Zusatzbezeichnungen überhaupt, was bringt das überhaupt, diese Zusatzbezeichnung. Vielleicht könnte man auch eine Auswertung machen, hat die Ausnutzungsziffer der Zusatzbezeichnungen eine Relevanz auf die Wahl, das wäre vielleicht interessant zu wissen. Und wenn er dabei schon dran ist zu prüfen, kann zum Beispiel die Berufsbezeichnung oder kann die Frage von Geschlechtsbezeichnung, etc., kann das irgendwie anders gelöst werden, als dass es auf dem jetzigen Wahlzettel der Fall ist, wo man von mir aus gesehen auch nach 2016 etwas eigenmächtig das geändert hat.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächste Einzelsprecherin ist Nicole Kuster.

*Nicole Kuster-Simon (LDP):* Als ich den Anzug von Bruno Lötscher zum ersten Mal gelesen habe, musste ich schmunzeln, denn ich erinnerte mich an das kreative Zeichen zählen, Kürzungsversuche und Weglassungen. Nun kann man sagen, in der Kürze liegt die Würze oder weniger ist mehr. Für mich ist bei diesem Anzug die Diskriminierung der Frau dabei weniger vordergründig als die allgemeine Ungleichbehandlung von Berufsbezeichnungen. So hat die Bezeichnung Drogist deutlich weniger Zeichen als der Begriff medizinischer Praxisassistent. Man kann sich mit etwas Kreativität die Begriffe zusammenkürzen, aber vielleicht ist es auch an der Zeit, sich zu überlegen, ob nicht jede und jeder einfach seine Funktion und Titel erwähnen kann, die ihm zustehen. Dies soll nicht ins Unermessliche führen, aber vielleicht könnte eine Beschränkung der Anzahl Funktionen und Titel zielführender sein, als weiterhin Buchstaben, Leerzeichen und Satzzeichen zu zählen.

Ich bin gespannt, ob es praktikablere Lösungen als die Beschränkung auf 64 Zeichen gibt und beantrage Ihnen, den Anzug zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Eric Weber.



*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich habe jetzt auch meinen Wahlzettel abgegeben, um ihn einzublenden. Kann man meinen Wahlzettel bitte einblenden? Ich möchte kurz etwas zum Wahlzettel erklären. Ich bin Präsident meiner Partei und habe gewusst, dass mein Wahlzettel nicht eingeblendet wird und das ist nicht in Ordnung, sonst muss ich meinen Wahlzettel vorlesen.

Auf meinem Wahlzettel steht: Weber Eric, 1963, Grossrat, Präsident der Gruppe die Schweiz den Schweizern. Und bei der Partei steht: Volksaktion gegen zu viele Ausländer und Asylanten in unserer Heimat. Und wenn wir von den Leerzeichen sprechen, habe ich gelernt, Sie können den Parteinamen unbegrenzt schreiben. Ich bin der Grossrat mit dem längsten Parteinamen. Bei mir habe ich noch eingegeben: Liste Ausländerstopp.

Ich finde, egal, ob links oder rechts, muss man den Wahlzettel einblenden können, ich habe meinen Wahlzettel halt vorgelesen, weil es nicht ging. Ich stelle fest, dass man in diesem hohen Hause nicht gleichbehandelt wird und darum muss ich mir genau überlegen, was ich hier sage.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir versuchen, alle gleich zu behandeln und Sie müssen, wenn Sie etwas einblenden wollen, sich frühzeitig melden. Nächster Einzelsprecher ist David Jenny.

*David Jenny (FDP):* Der Damm der Wortmeldung ist gebrochen, dann wollte ich nicht zurückstehen. Bruno Lötscher schreibt, dies soll bei den kommenden Wahlen nicht mehr vorkommen. Ich glaube, er war ein bisschen zu spät für die kommenden Wahlen. Vielleicht könnte der immer noch amtierender Regierungspräsident Lukas Engelberger das bestätigen, dass wir für die kommenden Wahlen wahrscheinlich nichts ändern, ob wir jetzt überweisen oder nicht überweisen. Oliver Thommen hat viele lustige Studien vorgeschlagen, die eine halbe Abteilung der Universität beschäftigen und Statistiker. Ich glaube, es ist ja vieles einfach. Nicole Kuster hat gesagt, den zustehenden Titel formal verwenden können. Das wäre aber dann eine Art Garantie der Staatskanzlei, dass diese Titel einem wirklich zustehen. Ich glaube, es wird nicht wirklich geprüft. Also ich meine, es ist eine Problematik, dass jetzt jeder Notar, der jetzt irgendwo eine Handelsregister-Anmeldung macht und dann irgendwo beglaubigt, Nicole Kuster sagt, Dr. jur., dann kommt eine telefonische Rückfrage vom Handelsregisterführer, ob dann wirklich die Doktorurkunde vorgelegen hat. So weit sind wir. Ich glaube, da überfordern wir dann die Staatskanzlei, wenn sie wirklich noch abklären muss, ob alle Titel zustehen oder nicht mit einem amtlichen Siegel, damit das nicht in dieses Kontingent von Zeichen fällt. Die Frage, gibt es irgendeine digitale Lösung, irgendwo einen Code und da kann man den scannen und da kommt man auf die Website eines jeden Kandidaten, wo jemand mit 10'000 Zeilen ausführen kann, warum er oder sie gewählt werden kann.

Bruno Lötscher, Sie hören nicht zu. Ich würde sagen, aus grosser Sympathie zu Ihnen werde ich für das Überweisen stimmen einfach im Sinne, dass man irgendwann in vier Jahren oder in zwei Jahren eine Auslegeordnung bekommt von der Regierung, was es da innovativer gibt, vielleicht auch technologisch fortschrittlicher, aber von dieser systematischen Diskriminierung zu sprechen, ich glaube, die ist ein bisschen zu sehr geprägt von den Diskussionen über das Gleichstellungsgesetz. Ich werde im Sinne gespannter Lektüre irgendwann das gerne dann zu Kenntnis nehmen und in diesem Sinne werde ich für Überweisung stimmen, aber nur weil es Bruno Lötscher ist.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

*Alex Ebi (LDP):* Ich habe diesen Anzug auch unterschrieben. Wir waren dort eineinhalb Jahre lang oder gefühlte zweieinhalb Jahre lang in einer Gender-Diskussion in unserer Kommission und das hat dann dazu geführt, dass wir total sensibilisiert wurden von all diesen Informationen von diesen Leuten, die auch extern in die Kommission gekommen sind und uns erzählt haben, was es da für Themen gibt. Man kann durchaus sagen, das ist tatsächlich nicht ein weltbewegendes Thema, ob wir jetzt da drei Felder mehr oder weniger haben oder Pilotin und Pilot wirklich so viel Platz wegnimmt, dass es eine schlechtere Ausgangslage gibt für die Abstimmung. Man könnte auch sagen, die Männer könnten ein paar Feldchen weniger bekommen, dann müssen wir auch dieses Problem nicht gross IT-mässig aufrollen.

In dem Sinn, wie auch schon David Jenny gesagt hat, Bruno Lötscher ist mit dieser guten Idee gekommen, wir wollten uns anschliessen und jetzt lassen wir uns hier beraten, was da Gescheites herauskommt. Ich hoffe, wir machen nicht mehr allzu lange über das Thema, weil so wichtig ist es auch nicht, und es weitergeht.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit kommen wir zu Bruno Lötscher-Steiger mit dem Schlusswort.



*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Danke für diese wunderbare Diskussion, genau das war der Grund für diesen Vorstoss. Denn ich habe mir natürlich schon auch gedacht, darf man das überhaupt bringen, ist das nicht ein Thema, das etwas zu klein ist. Und man hat mir auch gesagt, spinnst du eigentlich, das ist doch nicht so schlimm und überhaupt, das sehen wir ja.

Wenn man das aber genauer anschaut, Joël Thüring hat das auch gesagt, es ist kein Problem, es ist kein Problem bis jetzt, aber eigentlich ist es ein klassisches Diskriminierungsproblem. Es ist so still und heimlich, niemand will hier die Frauen diskriminieren, aber faktisch geschieht das. Kann man wirklich heute, 50 Jahre nach Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechts, noch erwarten, dass eine Frau, wenn sie gefragt wird, was bist du von Beruf, sagt, ich bin Lehrer oder ich bin Arzt oder ich bin Pilot oder ich bin kaufmännischer Angestellter als Frau? Also soll sie wirklich gezwungen sein, das generische Maskulinum zu brauchen, wenn sie gleichbehandelt werden will wie der Mann? Ich finde, das geht eigentlich nicht mehr wirklich.

Ich habe versucht, ein Beispiel zu machen und ich habe das, Eric Weber, schon vor ein paar Wochen geschickt, deshalb kann man das hoffentlich jetzt einblenden. Wenn der Herr Peter Kandidat bisher angeben will, er sei Advokat, Leiter Rechtsdienst, Stiftungsrat, Chorsänger, drei Kinder, hat er seine 64 Zeichen ausgefüllt und das ist doch eigentlich eine schöne Kandidatur, das ist jemand, den man wählen könnte. Wenn seine Frau, Petra Kandidatin, auch bisher genau dasselbe macht, ist sie Advokatin, Leiterin Rechtsdienst, Stiftungsrätin, Chorsängerin, sie hat keine drei Kinder mehr, aber sie hat drei Kinder. Sie hat nun nicht mehr Platz, das den Stimmberechtigten zu sagen. Es könnte ja auch etwas anderes sein als die drei Kinder. Es könnte zum Beispiel Zunft sein, viele wollen sagen, dass sie in einer Zunft sind. Es könnte Pfadi sein, das ist etwas von mir, ich bin ein begeisterter Pfadi gewesen und würde das eigentlich gerne sagen. Vielleicht TCS, ACS, wir haben Mitglieder, die das hier sagen können, hätte noch Platz, oder IG Velo für die andere Seite, das hat Platz, aber nur für den Mann, für die Frau nicht.

Jetzt können wir sagen, das ist doch nichts, das ist doch egal, das ist doch keine Diskriminierung. Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das ist klassische Diskriminierung. Wir merken es einfach nicht im Alltag, lassen es geschehen. Es sind vor allem auch Männer, die darüber gelächelt haben selbstverständlich, aber Fakt ist, das ist eine Diskriminierung und ich bin froh, wenn der Regierungsrat das angeht. Jetzt hat man mir natürlich gesagt und das ist auch hier gesagt worden, spielt es überhaupt eine Rolle, was man da schreibt. Ich finde, es spielt eine Rolle, und zwar nicht für mich selber, sondern für die Transparenz, die ich gegenüber den Wählerinnen und Wählern schuldig bin. Die wollen doch wissen, wen sie wählen. Ich gehe nicht davon aus, dass mich alle kennen, im Gegenteil, die wenigsten kennen viele von uns, aber sie können sich vielleicht etwas ausdenken, wenn sie wissen, was der oder die Person macht und diese Transparenz sind wir gerade bei den Beteiligungsrechten doch den Wählerinnen und Wählern schuldig. Ich begreife nicht ganz, weshalb wir überhaupt so lange diskutieren mussten und das auch in Frage stellen mussten, denn im Kern, nehme ich an, will das niemand wirklich, es ist einfach so geschehen.

Ich würde mich freuen, wenn Sie diesen Anzug überweisen und bin gespannt. Vielleicht noch einen Satz, wenn ich das noch sagen darf. Ich will nicht irgendeine Lösung mit Genderstern, der uns aufgezwungen würde. Eine Lösung könnte auch sein, jeder darf fünf oder sechs solche Bezeichnungen angeben und dann wäre auch egal, wie lang und dann könnte er Angestellter oder Angestellte sein. Lieber Joël Thüring, ich habe mich gefreut, dass Sie meinen Anzug gelesen haben, denn das war auch ein Beispiel, das ich aufgeführt habe. Es sind nicht immer nur die Diskriminierungen auf die eine Seite, sondern auch auf die andere Seite.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es gibt zwei Zwischenfragen von André Auderset und Joël Thüring. Sie werden angenommen. Zuerst André Auderset.

*André Auderset (LDP):* Bruno Lötscher, ich habe mich ja wirklich ernsthaft beim Lesen, ich habe ihn gelesen, gefragt, ob Sie das tatsächlich ernst meinen. Ich habe jetzt erfahren, ja, möchte mich aber doch noch nach der Qualität der neuen Jass-Künste erkundigen, denn früher war es so, der letzte im grossrätlichen Jassturnier war immer verknurrt, einen möglichst humorvollen oder ziemlich sinnlosen Anzug zu stellen. Liegt es vielleicht daran?

*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Humorvoll würde ich ja gerne tun, sinnlos ist der nicht. Ich muss einen Satz ergänzen. Ich war in meinem Leben, bevor ich Gerichtspräsident war, als Generalsekretär des Justizdepartementes auch zuständig für das Gleichstellungsbüro. Das war in den 90er-Jahren. Ich bin schon sehr früh mit diesen Themen konfrontiert worden, wo noch wirklich alle gelächelt haben, wenn man über Gleichstellung geredet hat. Aber man kann sich tatsächlich mit diesem Thema anfreunden und es ist ein wichtiges Thema.



*Joël Thüring (SVP):* Bruno Lötscher, Sie haben in Ihrem Beispiel die Zunft erwähnt, die nicht mehr drauf ist. Die ist vielen sehr wichtig, haben Sie gesagt. Ist denn ein Mitglied der Zunft zu Hausgenossen systematisch diskriminiert im Vergleich zu einem Mitglied der Zunft zu Safran?

*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Das ist just ein Teil der Antwort, wenn Sie vorhin gut zugehört haben. Die Antwort könnte auch sein, man kann fünf oder sechs Angaben machen, unabhängig von den Zeichenzahlen. Das könnte auch die Antwort sein.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Überweisung des Anzugs wurde bestritten von Joël Thüring. Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung des Anzugs, NEIN heisst Nichtüberweisung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**76 Ja, 14 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003291, 17.04.24 15:27:38]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Anzug wird überwiesen mit 76 Ja-Stimmen gegen 14 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

## **27. Anzug Daniel Sägesser und Konsorten betreffend bessere Planbarkeit von Nachtsitzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Politik und Familie, Bericht des Ratsbüros**

[17.04.24 15:27:45, 23.5339.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Ratsbüro beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Für das Ratsbüro hat das Wort Jo Vergeat.

*Jo Vergeat (GAB):* Die Ausgangslage dieses Anzugs basiert eigentlich in der Realität unseres Milizsystems, indem politische Tätigkeiten oft mit anderen Verantwortlichkeiten wie Beruf, Vereinsleben oder Familie kollidieren und insbesondere die Nachtsitzungen stellen eine grosse Herausforderung dar, da sie die Planung von Betreuungspflichten erschweren, insbesondere durch das Ansetzen der nicht Regelmässigkeit. In den letzten Jahren hat die Anzahl der Nachtsitzungen zugenommen, was teilweise auf einen Anstieg der persönlichen Vorstösse zurückzuführen ist.

Das Ratsbüro hat verschiedene Überlegungen angestellt, um diesem Trend entgegenzuwirken und das Anliegen des Anzugs aufzunehmen. Eine Möglichkeit war die Beschränkung der persönlichen Vorstösse, die wir diskutiert haben, aber das haben wir oder das haben Sie im Rahmen der letzten GO-Revision klar abgelehnt. Eine weitere Idee, die im Ratsbüro zum Thema wurde, ist es, die Anzahl der Nachtsitzungen nur noch jede zweite Session anzusetzen, aber in diesem Vorschlag sehen wir eigentlich keinen Sinn, da die Nachtsitzungen sich immer jährlich entlang des Herbstes beispielsweise stark häufen.

Somit kam diese Idee des zusätzlichen Sitzungstages im September auf, welchem das Ratsbüro mit einer Mehrheit zugestimmt hat. Die andere Idee, nämlich die bestehenden Sitzungszeiten zu verlängern, die würde nicht wirklich dieses Betreuungsproblem lösen, da sie einerseits dann ein Betreuungsproblem auslöst in der Vereinbarkeit von Politik und Beruf, aber auch zusätzlich wieder in den Betreuungspflichten, weil zum Beispiel ein früheres Ansetzen einer Sitzung um 8 Uhr dann auch wieder Probleme bei der familiären Verpflichtung miteingehen würde.



Aufgrund dessen hat das Ratsbüro beschlossen, einen zusätzlichen Sitzungstag im September einzuführen und den vorliegenden Anzug abzuschreiben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegt eine Wortmeldung vor von Lea Wirz für das GAB.

*Lea Wirz (GAB):* Zuerst einmal vielen Dank für diese Auslegeordnung des Ratsbüros und der Analyse der Vorstösse und der Nachtsitzungen der letzten Jahre. Für viele hier drin ist die Vereinbarkeit von politischer Tätigkeit im Milizsystem mit anderen Verantwortlichkeiten wie Beruf und Familie, Bildung und Freizeitleben eine Herausforderung. Die zunehmende Anzahl von Nachtsitzungen belastet insbesondere Ratsmitglieder mit Betreuungspflichten. Je nach Familiensituation braucht eine abendliche Betreuung mehr oder weniger Organisation und kann finanzielle Belastungen mit sich bringen. Dennoch ist es wichtig, dass eine gewisse Flexibilität in der Planung bestehen muss, da die Geschäftslast eben nicht planbar beziehungsweise absehbar ist und auch die Beratungsdauer stark variieren kann im Plenum. Das GAB räumt diesem Punkt Gewicht ein. Zudem wurde ja in diesem Zusammenhang bereits ein zusätzlicher Sitzungstag im Januar eingeführt und dieser stösst in unserer Fraktion nicht nur auf Gegenliebe.

Die Fraktion spricht sich in diesem Sinne gegen einen zusätzlichen Sitzungstag im September aus. Denn auch ein weiterer Sitzungstag ist mit einer zusätzlichen Belastung verbunden, sei dies in Bezug auf Beruf, Ausbildung oder eben familiäre Verpflichtungen. Es wird je nach Betreuungssituation zusätzliche Betreuung tagsüber gebraucht, wer dazu noch arbeitstätig ist, muss dies sonst irgendwann nachholen. Auch das scheint uns in der Fraktion keine optimale Lösung zu sein und die Vereinbarkeit nicht massgeblich zu verbessern.

In diesem Sinne sind wir für Abschreibung des Vorstosses mit dem Appell an das Ratsbüro, auf einen zusätzlichen Sitzungstag im September zu verzichten.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Daniel Sägesser.

*Daniel Sägesser (SP):* Ich spreche zu Ihnen als einer von zehn Familienväter, die diesen Anzug für eine bessere Vereinbarkeit von Politik und Familie vor knapp einem Jahr eingereicht haben. Ich kann mich gerne kurzhalten ganz im Sinne des Anzugs, damit wir alle möglichst bald wieder bei unseren Liebsten sind. Ich bedanke mich beim Ratsbüro recht herzlich für die rasche Bearbeitung des Anzugs und auch für die Gründlichkeit der Abklärungen und Erwägungen, die das Ratsbüro geleistet hat.

Die vom Ratsbüro versprochene Einführung eines dritten Sitzungstages im September ist nicht nur pragmatisch, sondern scheint auch ein geeigneter Ansatz des Anliegens des Anzugs anzugehen. Und hier möchte ich in Differenz mit dem GAB explizit festhalten, dass die SP-Fraktion heute diesen Anzug als erledigt abschreiben wird im Vertrauen darauf, dass der von der Ratsbüro-Mehrheit beschlossene und versprochene zusätzliche Sitzungstag eingeführt wird. Unserer Ansicht nach ist eine zusätzliche Sitzung während dem Tag und nicht am Abend einfacher zu organisieren in Bezug auf Kinderbetreuung, die dann allenfalls notwendig ist, als am Abend.

In dem Sinne darf ich Sie bitten, dem Antrag des Ratsbüros zu folgen und diesen Anzug als erledigt abzuschreiben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es wurde kein Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

## **28. Budgetpostulat 2024 Michael Hug betreffend Präsidialdepartement, 370 Kultur, 36 Transferaufwand (Jüdisches Museum), Bericht des RR**

[17.04.24 15:34:20, 23.5640.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat zu erfüllen und ins Budget 2024 zusätzlich einen Betrag von 85'000 Franken einzustellen.



Das Wort geht an Regierungsrat Lukas Engelberger.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Ich höre, dass der Antrag nicht bestritten ist und werde mich deshalb sehr kurzhalten. Ich darf Ihnen ganz pauschal die Bedeutung des Jüdischen Museums in Erinnerung rufen und auch die Bedrohungslage, die sich um die jüdische Gemeinschaft und ihr Museum dramatisch jetzt noch einmal verschärft hat in den vergangenen Wochen und Monaten und ich bin Ihnen dankbar, wenn Sie unserem Antrag folgen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es wurde kein Antrag gestellt.

Detailberatung des Grossratsbeschlusses zum Budgetpostulat

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**89 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003294, 17.04.24 15:36:36]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

In Entsprechung des Budgetpostulats 2024 Michael Hug werden im Budget 2024 des Präsidialdepartements zusätzlich Fr. 85'000 eingestellt. Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben einstimmig zugestimmt mit 89 Ja-Stimmen.

## **29. Budgetpostulat 2024 Oliver Bolliger Präsidialdepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 36 Transferaufwand (QuartierJobs), Bericht des RR**

[17.04.24 15:36:40, 23.5647.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat abzulehnen.

Das Wort geht für den Regierungsrat an Lukas Engelberger.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Während über 20 Jahren hat der Verein NachbarNet nachbarschaftliche Hilfe vermittelt. Ende 2022 hat sich der Verein entschieden, sich nur noch auf sein neues Angebot QuartierJobs zu fokussieren und dementsprechend auch seinen Namen anzupassen. Über QuartierJobs können kleine und einfache Alltagsarbeiten im Quartier vermittelt werden. Der Verein kümmert sich um die administrativen Aspekte der Anstellung, der sogenannten QuartierJobberinnen und QuartierJobber. Er sucht diese Personen auch und vermittelt daneben je nach Anfrage eine geeignete Person für die Dienstleistung.

Es gibt einen Solidaritätsfonds. Über diesen Solidaritätsfonds können die Preise für Dienstleistungen nach Einkommen abgestuft werden, wobei die QuartierJobberinnen und QuartierJobber immer denselben Stundenlohn dann erhalten und der Verein



diese Differenzen dann ausgleicht. Die Mittel in diesem Fonds stammen von Stiftungen, privaten Spenden, Kirchgemeinden und anderen gemeinnützigen Organisationen.

Der Regierungsrat schätzt dieses Angebot und er möchte eine allfällige Unterstützung des neuen Angebots QuartierJobs ab 2025 vertieft prüfen. Das wollen wir aber sorgfältig tun und jetzt nicht für das laufende Budget schon eine Zusatzposition vorsehen. Deshalb möchten wir Sie bitten, das Budgetpostulat abzulehnen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Erster Fraktionssprecher ist Oliver Bolliger für das GAB.

*Oliver Bolliger (GAB):* Zuerst möchte ich mich beim Regierungsrat bedanken, dass er das Vorgezogene Budgetpostulat zur Klärung der zukünftigen Finanzierung von QuartierJobs entgegengenommen hat, also bis 2025. In der Beantwortung zum Budgetpostulat wird erwähnt, Regierungsrat Lukas Engelberger hat es auch gerade erwähnt, dass der Regierungsrat die Finanzierung von QuartierJobs ab dem Jahr 2025 vertieft prüfen möchte. Ich nehme mal an, dass dies eine Art und Weise einer Zustimmung des Angebots bedeutet, auch wenn der Regierungsrat formhalber eine Unterstützung für das laufende Jahr 2024 ablehnt, was ich natürlich sehr schade finde und nicht ganz nachvollziehen kann. Gerade heute Morgen haben wir zwei Millionen zwecks Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts gesprochen, damit das Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz durch mehr Begleitung und Befähigung entlastet werden kann.

Mit dem vorliegenden Budgetpostulat von 40'000 Franken für die QuartierJobs fördern wir ebenfalls sehr direkt und unmittelbar den gesellschaftlichen Zusammenhalt, weil Unterstützung und Hilfe im Alltag niederschwellig in der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden können. Die betrieblichen Zahlen für das Jahr 2023 von QuartierJobs belegen es klar und deutlich, die Nachfrage und der Bedarf ist vorhanden, das Angebot deshalb auch nachgefragt und sinnvoll. Die Einsätze haben sich im vergangenen Jahr verdreifacht gegenüber 2022.

Es sind nicht nur 40'000 Franken für das Angebot QuartierJobs, es sind auch 40'000 Franken für die quartierbezogene Altersarbeit und gegen die Einsamkeit von Menschen im Alter und von Menschen mit psychischen und sozialen Beeinträchtigungen in unserer Stadt. Eine finanzielle Unterstützung des Angebots QuartierJobs würde auch dem Generationenleitbild der Basler Seniorenkonferenz 55+ entsprechen und müsste schon auch unter der Prämisse ambulant vor stationär eigentlich gefördert werden. Wenn ich mir vorstelle, dass durch die nachbarschaftliche Unterstützung via QuartierJobs auf diverse kleinere Haushalts-, Spitex-Leistungen verzichtet werden könnte und auch die psychosoziale Gesundheit der Anbietenden und der Nutzenden ein wenig gestärkt werden könnten, ist dieser Beitrag einfach und sinnvoll sehr gut investiert.

Wenn das Budgetpostulat für 2024 nicht überwiesen wird, kann es gut sein, dass das Vorgezogene Budgetpostulat dann im nächsten Jahr auch hinfällig sein wird, weil es das Angebot vielleicht dann einfach nicht mehr gibt. QuartierJobs wird trotz mehr Erträgen aus den Leistungen für die Erfolgsrechnung im Jahr 2023 auch ein Defizit ausweisen und auch die Reserven sind aufgrund der fehlenden Finanzierung nun aufgebraucht. Es ist also nicht eine Frage von nice-to-have, sondern eine existenzielle Frage, denn ohne zusätzliche kantonale Finanzierung oder anderweitigen Drittmitteln aus Stiftungen wird QuartierJobs nicht überleben.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn Sie dem Regierungsrat dieses Budgetpostulat für QuartierJobs zur Erfüllung überweisen und somit auch die Ausgangslage schaffen, dass der Regierungsrat die Finanzierung ab 2025 vertieft prüfen könnte.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Ich bitte Sie, wie auch der Regierungsrat, dass dieses Budgetpostulat nicht erfüllt wird. Ich muss ehrlicherweise sagen, manchmal habe ich ein wenig das Gefühl, man spricht hier aneinander vorbei. Der Regierungsrat hat es schriftlich und jetzt auch in seinem Votum durch den Regierungsvizepräsidenten ziemlich klar zum Ausdruck gebracht, dass er in Erwägung zieht, dieses Angebot zu unterstützen. Er schreibt das auch explizit, er sei bereit, eine vertiefte Prüfung ab 2025 vorzunehmen und damit ist ja dem eigentlichen Anliegen von Oliver Bolliger ausreichend Rechnung getragen worden.

Nun haben wir von Oliver Bolliger in seinem Votum ein bisschen das Gefühl bekommen, wenn jetzt dieses Budgetpostulat nicht erfüllt wird, dann wird dieses Angebot morgen eingestampft. Ich muss Ihnen einfach sagen, Oliver Bolliger, Sie schreiben das nicht in Ihrem Budgetpostulat, Sie schreiben sogar explizit, sollte es nicht zu einer Finanzierung kommen, dann wird langfristig es ohne ergänzende starke Unterstützung im Sinne der Abgeltungen für das Gemeinwesen nicht gehen. Also Sie schreiben ja es selber, dass für das 2024 gar keinen Handlungsbedarf besteht und für das 2025 hat Ihnen der Regierungsrat in seiner kurzen, aber aus meiner Sicht ausreichend guten Beantwortung, weshalb er es nicht erfüllen möchte, dargelegt, dass er ja sich diese Gedanken macht für den Prozess 2025.



Deshalb, glaube ich, ist es auch nicht notwendig, dass wir hier jetzt über ein Budgetpostulat, auch wenn es sich um einen eher kleinen Betrag handelt, sprechen und ich finde vor allem auch das Vorgehen nicht korrekt. Ich finde, wenn man solche Angebote haben möchte, dann sollte es in erster Linie die Aufgabe des Regierungsrates sein, mit der jeweiligen Institution, und das ist jetzt egal, ob das in der Kantons- und Stadtentwicklung angesiedelt ist oder im Erziehungsdepartement oder wo auch immer, mit dieser Institution entsprechende Verhandlungen zu führen, dann auch entsprechend über einen Leistungsauftrag in diesem Bereich eine Einigung findet und man es uns dann entsprechend präsentiert oder beantragt und nicht einfach so quasi über das Budgetpostulat in mögliche Verhandlungen auch eingreift. Ich glaube, das ist nicht zielführend.

Der Regierungsrat hat selber gesagt, dass er bereit ist dazu, der Verein hat selber entschieden, auf was er sich fokussieren möchte, das bedeutet dann vielleicht auch in einem gewissen Moment des Prozesses, dass die Situation vielleicht nicht schon langfristig gesichert ist, aber zumindest ja kurzfristig trotzdem kein Problem besteht und für alles andere, was eben die Langfristigkeit anbelangt, hat ja der Regierungsrat bereits zugesichert, dass man mit dem Verein, mit der Institution entsprechend für dieses Angebot auch in Gespräche treten würde.

Deshalb glauben wir, ist es nicht notwendig, dass wir heute dieses Budgetpostulat zur Erfüllung überweisen. Wir bitten Sie deshalb, dem Antrag des Regierungsrates zu folgen und das Budgetpostulat nicht zu erfüllen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Einzelsprechenden und da hat sich Melanie Nussbaumer gemeldet.

*Melanie Nussbaumer (SP):* Bei mir läuten immer die Alarmglocken, wenn Joël Thüring sich aufführt, als wäre er der Sprecher des Regierungsrats. Hier habe ich grosse Fragezeichen. Das Problem der Budgetpostulate ist ja immer ein bisschen das gleiche, erst nachdem das Budget schon verabschiedet wurde, gibt es neue Forderungen. Das ist ein Grundproblem, das können wir jetzt nicht anhand von diesem Budgetpostulat lösen. Sondern was wir tun müssen als Parlamentarier\*innen, ist, wir müssen uns auf die Sache konzentrieren und schauen, lohnt sich das, ist es eine gute Sache, ist es sinnvoll investiertes Geld, ja oder nein. Und ich finde, bei diesem Budgetpostulat hier ist es sehr eindeutig, QuartierJobs ist eine gute Sache, das ist eine gute Organisation. Die fördern wirklich den Zusammenhalt in der Gesellschaft, und zwar in den Quartieren vor Ort und zwar nicht nur zwischen verschiedenen Bevölkerungsteilen, sondern auch über die Generationen hinweg, was extrem wichtig ist.

Ich liebe es ja, in der Stadt zu wohnen, ich finde das wahnsinnig schön, weil es zum Teil auch anonym ist, aber das hat halt auch eine Kehrseite. Wir wissen von anderen Vorstössen, aber auch von wissenschaftlichen Studien, dass Einsamkeit in den urbanen Zentren zum Beispiel ein grösseres Problem ist als auf dem Land. QuartierJobs stellt diesem Problem etwas entgegen. Auch wissen wir, dass die Gesundheitskosten immer wie mehr steigen, QuartierJobs würde hier präventiv etwas dem entgegensetzen, wenn wir einfach diesen Austausch, diesen Zusammenhalt in den Quartieren fördern mit diesem Angebot.

Lassen Sie sich nicht auf diese formalen Kritikpunkte von Joël Thüring ein, sondern fragen wir uns wirklich, lohnt es sich, diese Organisation, diese Sache zu unterstützen und ich finde, dort ist unsere Antwort eindeutig, das ist eine gute Sache.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für ein Einzelvotum hat sich Oliver Bolliger eingetragen.

*Oliver Bolliger (GAB):* Ich muss nochmal kurz reagieren auf das Votum von Joël Thüring. Weshalb habe ich dieses Budgetpostulat und das Vorgezogene Budgetpostulat eingereicht, weil es ein strukturelles Defizit gibt von QuartierJobs, auch früher schon bei Nachbarschaftshilfe. Auch dort hat es schon mal ein Budgetpostulat gegeben, um dieses strukturelle Defizit und die fehlende Finanzierung zu klären. Mit beiden Postulaten habe ich auch den Auftrag der Regierung gegeben, dass sie in dieser Zeit vertieft prüfen sollten, wie in Zukunft QuartierJobs finanziert werden soll oder, wenn das die Regierung nicht möchte, dann halt auch das Angebot beenden müsste oder rein aus finanziellen Mitteln von einer CMS, GGG, usw. finanziert wird.

Aber es muss endlich geklärt werden, deshalb diese zwei Budgetpostulate, die auch vom Betrag reduzierend sind, weil es das Ziel von QuartierJobs schon auch ist und es auch geschafft hat, wirklich mehr Einnahmen über die Leistungen zu erbringen. Und deshalb ist es irgendwie aus meiner Sicht formhalber schon in Ordnung, diese Budgetpostulate gekoppelt so einzureichen und dem Regierungsrat den entsprechen Klärungsbedarf und Prüfungsbedarf aufzugeben.

Besten Dank für die Überweisung dieses Budgetpostulats.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Lukas Engelberger, wünschen Sie das Wort in der zweiten Runde? Er wünscht es.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Ich kann nur bekräftigen, dass wir das ernst meinen, so wie wir das schreiben, und das gerne prüfen für das kommende Jahr. Ich finde, insgesamt müssen wir schon vorsichtig sein mit diesen nachträglichen Aufrundungs-Vorstössen. Ich möchte damit gar nicht irgendetwas zur Sache gesagt haben, sondern möchte einfach das zu bedenken geben, dass wir natürlich auch einen Wert sehen in der Budgetdisziplin, in der Planbarkeit des Budgets und es deshalb meines Erachtens schon besondere Gründe braucht, wenn man jetzt im laufenden Jahr noch erhöhen möchte. Deshalb würde ich gerne am Antrag festhalten, das nicht zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Ablehnung gemäss Antrag RR, NEIN heisst Erfüllung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**34 Ja, 51 Nein, 6 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003297, 17.04.24 15:51:24]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

In Entsprechung des Budgetpostulats 2024 Oliver Bolliger werden im Budget 2024 des Präsidialdepartements zusätzlich Fr. 40'000 eingestellt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben sich für eine Erfüllung des Budgetpostulats entschieden mit 51 Nein-Stimmen gegen 34 Ja-Stimmen bei 6 Enthaltungen.

Damit haben Sie das Budget nachträglich verändert. Entsprechend wird ein Grossratsbeschluss erstellt und im Kantonsblatt publiziert.

## **30. Budgetpostulat 2024 Pascal Pfister Präsidialdepartement, 350 Kantons- und Stadtentwicklung, 31 Sach- und Betriebsaufwand (Freiwilligenprojekte gegen Einsamkeit), Bericht des RR**

[17.04.24 15:51:47, 23.5648.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat abzulehnen.

Das Wort geht an Lukas Engelberger.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Dieses Geschäft liegt ein bisschen ähnlich, sowohl inhaltlich wie auch formal. Der Regierungsrat hat in der Beantwortung des Anzugs von Pascal Pfister betreffend Strategie gegen Einsamkeit auf die bereits existierende grosse Vielfalt von Angeboten und Massnahmen im Kanton Basel-Stadt in Bezug auf Einsamkeit hingewiesen. Zwei Jahre nach dem Anzug wurde eine Motion, auch von Erstunterzeichner Pascal Pfister betreffend Freiwilligen-Projekte gegen Einsamkeit unterstützen, eingereicht. Die Motion verlangt, dass der Regierungsrat innert eines Jahres Pilotprojekte im Bereich der Einsamkeit unterstützen soll. Sie ist dann, glaube ich, auch traktandiert jetzt heute noch.



Wir weisen in der Motionsbeantwortung daraufhin, dass wir die bei der Anzugsbeantwortung erwähnten Massnahmen zuerst umsetzen und ihre Wirkung eruieren möchten, bevor wir weitere Massnahmen ergreifen würden und möchten deshalb Ihnen dann beantragen, die Motion als Anzug zu überweisen. Und dem würden wir jetzt vorgehen, wenn wir das Budgetpostulat, wie hier gewünscht, überweisen würden. Wir bitten Sie, das nicht zu tun und das abzulehnen. Auch hier nicht, weil wir dagegen sind, sondern weil wir hier einen anderen Weg verfolgen möchten und zuerst vertiefte Abklärungen vornehmen möchten.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen damit zu den Fraktionsvoten. Hier hat sich Gianna Hablützel-Bürki für die SVP gemeldet.

*Gianna Hablützel-Bürki (SVP):* Freiwilligenarbeit bedeutet, sich ehrenamtlich und unentgeltlich für einen guten Zweck zu engagieren. Dieses altruistische Engagement spielt eine wichtige Rolle in der Gesellschaft, insbesondere bei der Bewältigung sozialer Probleme wie Einsamkeit. Der Regierungsrat hat bereits argumentiert, dass die Forderung nach Unterstützung von Pilotprojekten nicht als zielführend angesehen wird, solange die Wirkung der vorgeschlagenen Projekte nicht eruiert werden konnte. Eine fundierte Bewertung der Wirksamkeit erfordert eine gründliche Prüfung, um sicherzustellen, dass die bereitgestellten Ressourcen effektiv eingesetzt werden.

Die Fraktion der SVP betont die Notwendigkeit eines evidenzbasierten Ansatzes und fordert, dass die Wirksamkeit der vorgeschlagenen Pilotprojekte sorgfältig geprüft wird, bevor weitere finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Unterstützung effektiv ist und einen positiven Beitrag zur Bewältigung des Problems der Einsamkeit leisten kann.

Aus diesem Grund lehnt die SVP-Fraktion die Erhöhung des Budgets um 150'000 Franken ab.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die Fraktion GAB spricht Oliver Bolliger.

*Oliver Bolliger (GAB):* Ich spreche einerseits für das Budgetpostulat wie auch für das nachfolgende Geschäft der Motion von Pascal Pfister. Beide sind ja miteinander verbunden und hängen zusammen. Die im Anschluss folgende Motion betreffend Freiwilligen-Projekte gegen Einsamkeit wurde Ende Dezember stillschweigend dem Regierungsrat überwiesen und auch das hier vorliegende Budgetpostulat betreffend Finanzierung von Projekten gegen die Einsamkeit im laufenden Jahr wurde er mit einer deutlichen Zustimmung dem Regierungsrat überwiesen. Damit zeigt sich, dass dieses Thema von allen Fraktionen als gesellschaftliche Problemstellung anerkannt wird und es wird auch deutlich, dass das Parlament ein anderes Tempo als der Regierungsrat anschlagen möchte. Also nicht nur die bisherigen Pilot-Massnahmen prüfen und dann berichten, sondern weitere Schritte einleiten und mit Massnahmen versehen. Damit meine ich nicht, dass im Anschluss nicht auch geprüft und evaluiert werden muss, aber halt mit deutlich mehr und zusätzlichen Massnahmen.

Damit solche Zusätze finanziert werden können, braucht es dieses Budgetpostulat. Die Einsamkeit der Menschen bleibt in der Schweiz und in Basel oftmals unsichtbar und neben Armut ist es einer der grössten mit Scham besetzten Themen. Und auch hier sind viele ältere Menschen davon oder gar von beidem betroffen. Einsamkeit macht krank und belastet somit auch das Gesundheitswesen. Dies passt leider nur zu gut in unserer Zeit. Unsere hochindividualistische, selbstoptimierte und auf Konsum ausgerichtete Gesellschaft gibt es unter anderem nur auf Kosten der Einsamkeit der Menschen, die sozial weniger verankert und vernetzt sind. Wer hat denn noch Zeit für eine Begegnung ohne Outcome-Effekt, wer hat denn überhaupt einen freien Kalender oder einen freien Kopf, um sich auf Begegnungen oder in Freiwilligen-Projekte zu engagieren?

Und weil dies so ist und die jetzige Gesellschaft sich immer weiter weg von gemeinschaftlichen und solidarischen Wertvorstellungen und Verhalten bewegt, braucht es dieses Budgetpostulat und die Überweisung der nachfolgenden Motion weiter. Vielleicht kann so ein wenig gegengesteuert werden. Das Grün-Alternative Bündnis spricht sich deshalb für die Überweisung des Budgetpostulats und beim nächsten Geschäft für die Weiterbehandlung der Motion als Motion aus.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SP spricht Pascal Pfister.

*Pascal Pfister (SP):* Wir behandeln hier zum wiederholten Mal dieses Thema. Es wurde aber nie viel darüber diskutiert und darum erlaube ich mir, jetzt doch ein paar Worte auch noch zu dieser Geschichte zu sagen, vor allem auch zuerst mal, wie sie entstanden ist. Es wurde gesagt, es gab zuerst einen Anzug, der wurde einstimmig überwiesen, der hatte drei Punkte. Da ging es darum, dass der Kanton sich Wissen aneignet, wie die Einsamkeit in Basel wirkt, was der Bedarf auch ist, das Thema anzugehen, dass er die Player in diesem Bereich vernetzt und drittens, dass er Pilotprojekte einführt. Die ersten zwei



Fragen hat der Regierungsrat relativ zufriedenstellend beantwortet, das letzte überhaupt nicht. Er hat einfach eine Liste gemacht von Dingen, die schon gemacht werden und es ist so, es gibt viele Aktivitäten, die der Kanton unterstützt. Nehmen wir das Beispiel Sportverein. Der Sportverein ist natürlich auch gegen Einsamkeit. Aber es geht hier natürlich um Leute, die eben nicht von diesen Angeboten, die schon existieren, abgeholt werden. Also es gibt hier erwiesenermassen eine Lücke und da bringt diese Liste im Anzug nichts. Und deshalb habe ich mich mit den Leuten, mit denen ich im Austausch war, auch hier im Parlament, dazu entschlossen, hier nochmal eine Schippe nachzulegen und deshalb ist es zu diesem Budgetpostulat und zur Motion gekommen, wo wir jetzt wirklich, wie es auch Oliver Bolliger gesagt hat, Tempo machen wollen.

Dann zur Evaluation. Die zwei Projekte, die ich genannt habe, die machen eine Evaluation extern. Ein Teil der Kosten, die sie eben finanzieren müssen, obwohl es Freiwilligenarbeit ist, ist eben genau die Evaluation. Also die gibt es, die ist auch einsehbar und es wäre ein Leichtes für die Regierung oder die zuständige Behörde dann, die Unterlagen zu sichten und dann zu entscheiden, ob es unterstützungswürdig ist. Das muss natürlich die Behörde noch machen, das kann ich mir fachlich als Parlamentarier nicht leisten, darum ist es auch relativ offen formuliert. Aber diese zwei Projekte, die genannt sind, die sind eben schon so weit, sie sind bereit, die machen etwas, die haben mit wenig Mitteln einen grossen Input. Das habe ich in dieser Debatte auch oft gehört, es geht nicht darum, die Freiwilligen zu bezahlen, sondern das Backoffice und eben auch die Evaluation, damit diese Projekte nachher wirken können.

Ich finde es dann auch interessant, eines der Projekte, da wurde zum Beispiel in einem Brief, den das Gesundheitsdepartement an die über 65-Jährigen geschrieben hat, explizit als Möglichkeit empfohlen, wenn man einsam ist, sich zu melden. Das Problem ist einfach, das Projekt ist im Moment so eigentlich nicht finanziert, die Leute machen alles gratis und ob das langfristig sich halten wird, das ist dann sehr unwahrscheinlich und darum müssen wir eben jetzt handeln. Darum hat die Motion, zu der ich nachher vielleicht nicht mehr sprechen muss, die Frist von einem Jahr. Es geht jetzt darum, etwas umzusetzen und die anderen Massnahmen, die die Regierung versprochen hat, sind auch sehr hilfreich und nützlich, aber ein bisschen mehr Tempo wäre tatsächlich wünschenswert.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Damit kommen wir nochmals zum Sprecher des Regierungsrats Lukas Engelberger.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Pascal Pfister hat jetzt schon ziemlich zu seiner Motion gesprochen, die das nächste Traktandum ist. Die hängen auch zusammen, das ist legitim. Ich möchte Ihnen beliebt machen, dass wir uns hier die Zeit nehmen für eine seriöse Abklärung und Ihnen dann die entsprechenden Anträge in den auch dafür vorgesehenen Prozessen stellen.

Eigentlich möchte ich aber folgendes sagen: Ich habe mich provoziert gefühlt von diesem wahnsinnig kulturpessimistischen Lamento in Ihrem Votum, Oliver Bolliger. Es tut mir leid, das so sagen zu müssen. Ich habe nicht dieses Gesellschaftsbild, dass alle da nur ihrer persönlichen Selbstoptimierung und finanziellen Interessen hinterherhechten und sich egoistisch durch den Alltagsdschungel kämpfen ohne irgendwelche Solidarität. Ich glaube, wir sollten als Behörde, als Kanton nicht dieses Selbstbild letztlich unserer Gesellschaft ausstrahlen. Das wollte ich noch gesagt haben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung über das Budgetpostulat Pascal Pfister.

### **Abstimmung**

JA heisst Ablehnung gemäss Antrag RR, NEIN heisst Erfüllung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**37 Ja, 52 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003300, 17.04.24 16:03:53]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

In Entsprechung des Budgetpostulats 2024 Pascal Pfister werden im Budget 2024 des Präsidialdepartements zusätzlich Fr. 150'000 eingestellt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Budgetpostulat wird erfüllt. Es liegen 52 Nein-Stimmen vor bei 37 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen.



Damit haben Sie das Budget nachträglich verändert. Entsprechend wird ein Grossratsbeschluss erstellt und im Kantonsblatt publiziert.

### **31. Motion Pascal Pfister und Konsorten betreffend Freiwilligen-Projekte gegen Einsamkeit unterstützen, Stellungnahme des RR**

[17.04.24 16:04:13, 23.5542.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert eines Jahres.

Das Wort geht an Lukas Engelberger.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Wir haben in der Beantwortung des Anzugs von Pascal Pfister und Konsorten betreffend Strategie gegen Einsamkeit schon auf die grosse Vielfalt von bereits existierenden Angeboten und Massnahmen zur Reduktion der Einsamkeit im Kanton Basel-Stadt hingewiesen. Der Motionär hat das ja auch noch einmal gemacht vorher. Das Statistische Amt hat in der Bevölkerungsbefragung 2023 das Thema auch aufgenommen, dies erlaubt es der kantonalen Verwaltung, die Entwicklung des Einsamkeitsempfindens in der Bevölkerung unseres Kantons regelmässig zu beobachten. Zusätzlich möchte der Regierungsrat in diesem Jahr durch die Schaffung eines Koordinationstreffens, also einer Plattform zum Thema Einsamkeit, die Zusammenarbeit und den vertieften Austausch zwischen den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren in diesem Bereich intensivieren.

Mit der vorliegenden Motion wird der Regierungsrat beauftragt, Pilotprojekte im Bereich der Einsamkeit innert einem Jahr zu prüfen und zu unterstützen. Das ist uns jetzt ein bisschen zu direktiv und zielt auch unseres Erachtens zu direkt auf die im Text genannten Projekte. Wir würden lieber zuerst die bisherigen Massnahmen umsetzen und die Wirkungen sorgfältig evaluieren, ohne jetzt diesen doch massiven Zeitdruck mit der Einjahresfrist gewärtigen zu müssen.

Deshalb möchten wir Ihnen gerne anzeigen, dass wir an dem Thema dranbleiben werden, aber das in einem anderen Verfahren tun möchten und deshalb Antrag stellen, die Motion als Anzug zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Fraktionsvoten. Da hat sich für die SP Pascal Pfister gemeldet.

*Pascal Pfister (SP):* Nur kurz, ich habe es ja vorher erwähnt. Ich möchte einfach die Motion beantragen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Lukas Engelberger verzichtet auf eine Replik.

Pascal Pfister und beim Traktandum vorher auch Oliver Bolliger haben eine Überweisung als Motion beantragt. Der Regierungsrat beantragt Überweisung als Anzug. Wir kommen zu einer Eventualabstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**35 Ja, 58 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003303, 17.04.24 16:07:48]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

Weiterbehandlung als Motion

#### **Der Grosse Rat beschliesst**



stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Frist: 1 Jahr

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 58 Nein-Stimmen gegen 35 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

### **32. Budgetpostulat 2024 Raphael Fuhrer Bau- und Verkehrsdepartement, 661 Amt für Mobilität, 30 Personalaufwand (Velofachstelle), Bericht des RR**

[17.04.24 16:08:13, 23.5641.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat teilweise zu erfüllen und ins Budget 2024 zusätzlich einen Betrag von 90'000 Franken einzustellen.

Das Wort geht an Regierungsrat Lukas Engelberger. Er verzichtet. Damit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Da hat sich Raffaella Hanauer gemeldet.

*Raffaella Hanauer (GAB):* Ich darf in meinem Votum die Haltung der GAB-Fraktion, der SP-Fraktion und der GLP-Fraktion darlegen. Alle drei Fraktionen bitten Sie darum, das Budgetpostulat, so wie es von der Regierung zur Umsetzung vorgeschlagen wird, zu überweisen. Dafür sprechen mehrere Gründe, ich nenne Ihnen vier.

Grund eins: Das nationale Veloweggesetz schreibt uns eine Velofachstelle vor. Alle Kantone sind seit dem 1. Januar 2023 dazu verpflichtet, eine Fachstelle zu bezeichnen fürs Velo. Basel-Stadt gehört zu den drei Kantonen, die meines Wissensstands heute bisher noch keine haben, alle anderen Kantone haben schon eine. Das Veloweggesetz ist nun schon fast ein Jahr in Kraft und noch immer haben wir die geforderte Fachstelle nicht und das muss sich ganz klar ändern.

Grund zwei: Das nationale Veloweggesetz gibt uns viele Hausaufgaben mit. Irgendwer muss diese vielen Hausaufgaben koordinieren und dafür zuständig sein. Ich nenne Ihnen gerne ein paar Aufgaben, die wir nach dem nationalen Gesetz hier im Kanton angehen müssen. Erstens, wir müssen den Teilrichtplan Velo überarbeiten entlang der neuen Gesetzesbestimmungen des Bundes. Das bedeutet, wir müssen im Richtplan beispielsweise unterscheiden zwischen geplanten Routen oder bereits umgesetzten Routen, das haben wir heute noch nicht. Der Richtplan sollte auch entlang des Velopotenzials überarbeitet werden, wie das die neue Praxis zu diesem Thema vom ASTRA und der Velokonferenz auch so empfiehlt. Wir brauchen neu auch ein separates Alltags- und Velofreizeitnetz, wir haben bisher nur ein Alltagsnetz. Wir müssen auch die Ersatzpflicht für Velowege umsetzen, die das nationale Gesetz neu vorschreibt. Wir müssen unsere Planungen koordinieren mit anderen Behörden, auch das schreibt das nationale Gesetz vor.

Bis Ende 2042, also bis in etwa 18,5 Jahren, müssen wir den gesamten Richtplan umgesetzt haben. Das bedeutet, wir müssen ein durchgehendes, sicheres und attraktives Netz für Alltag und Freizeit gebaut haben, nicht erst geplant, gebaut und dazu braucht es ein Umsetzungsprogramm und es braucht viele Projekte. Wir müssen auch die kantonalen Planungsrichtlinien, Projektierungsrichtlinien für den Veloverkehr überarbeiten, so dass wir kantonale Standards haben. Diese sind wichtig, weil das Veloweggesetz fordert, dass das Velowegnetz im Kanton auch homogen ausgestaltet ist, und das können wir nur erreichen, wenn wir Standards haben. Und es gibt noch mehr Bestimmungen aus dem neuen Gesetz, auf die ich jetzt nicht weiter eingehen kann. An dieser Stelle möchte ich auch darauf hinweisen, dass wir auch die Aufgaben der Velofachstelle festlegen müssen, auch das schreibt das Gesetz vor.

Zum dritten Grund: Die heutigen Personalressourcen reichen beim Velo nicht aus. Das sollte eigentlich klar sein, wenn wir anschauen, wie viele neue Aufgaben wir erfüllen müssen und das sehen nicht nur wir so, sondern auch der Regierungsrat. Im Ratschlag zum Gegenvorschlag zur Initiative für sichere Velorouten Basel-Stadt schreibt er, ich zitiere aus dem Bericht, Seite 14: «Mit dem Bundesgesetz über Velowege ist der Kanton verpflichtet, analog zu der bereits bestehenden Fachstelle Fuss- und Wanderwege eine Fachstelle Velowege zu schaffen. Mit den bestehenden personellen Ressourcen kann diese Aufgabe nicht erfüllt werden. Denn bereits heute führt die Vielzahl von Anliegen und Anfragen aus Öffentlichkeit und Politik sowie die wachsende Menge an Planungen und Projektierungen für Massnahmen im Strassenraum dazu, dass Massnahmen verzögert oder gar nicht umgesetzt werden oder bei der Umsetzung von Projekten Kompromisse bezüglich den sich ändernden Vorgaben und Anforderungen gemacht werden müssen.» Zitat Ende. Das sollte nicht sein, wir müssen hier wirklich schauen, dass wir genügend Personal fürs Velo einstellen können.



Und der vierte Grund, auf den ich eingehen möchte, liegt eigentlich auf der Hand, das sind natürlich die Klimaziele und den Umweltschutz. Wir haben Klimaziele zu erreichen, Netto-Null bis 2037 gilt auch für den Verkehrssektor. Das können wir nur erreichen, wenn wir das Velo fördern und die Veloinfrastruktur ausbauen und damit gewinnen wir auch noch mehr. Velofahren ist leise, es ist ressourcenschonend, gesund, es macht Spass, es gibt keinen Grund, dem Velo in der Verwaltung nicht auch eine angemessene Stimme zu geben.

Abschliessend möchte ich sagen, dass heute schon klar ist, dass diese Stelle nicht ausreichend sein wird. Sie ist ein erster Schritt, aber zu gross sind die Ambitionen des Kantons und zu deutlich die Fristen des Bundes, als dass eine Person alleine die neuen Aufgaben stemmen kann. Eine Überweisung dieses Budgetpostulats ist jedoch ein erster wichtiger Schritt und ich freue mich, dass hoffentlich dieses Budgetpostulat schlussendlich auch überwiesen werden wird.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wir kommen zum Fraktionssprecher für die SVP Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Ich darf für die SVP-, die LDP- und die FDP-Fraktion sprechen. Es ist ja schon interessant, es wird jetzt sowohl vom Antragsteller des Budgetpostulats, vom Regierungsrat wie auch von Raffaella Hanauer behauptet, der Bund schreibt uns vor, dass wir eine neue Velofachstelle gründen müssen. Man kann das jetzt noch 100-mal behaupten, aber es stimmt einfach nicht. Es heisst in diesem neuen Veloweggesetz, dass die Kantone die Fachstellen benennen und wenn Sie die Botschaft lesen auf Seite 26, dort steht explizit, dass die Kantone keine neue Fachstelle schaffen müssen. Also hören Sie auf, hier irgendwelche Unwahrheiten zu verbreiten. Wir müssen hier als Kanton keine neue Fachstelle schaffen, wir müssen sie nur bezeichnen und es würde absolut ausreichen, wenn wir hierzu das Amt für Mobilität dafür bezeichnen würden, wie das übrigens auch der Bund gemacht hat mit dem ASTRA.

Ich würde das Anliegen ja noch verstehen, wenn wir jetzt ein Kanton wären wie der Kanton Aargau, in der die Landstrassen derart dominieren würden und der Veloverkehr gar nicht angesprochen wird in der Politik, aber wir machen ja in der Velopolitik mehr als genug im Kanton Basel-Stadt und dementsprechend sind wir auch der Meinung, dass das Amt für Mobilität auch diese Aufgaben wahrnehmen kann, wie es auch Raffaella Hanauer bezeichnet hat, und wir hier sicherlich nicht im Vergleich zu der Westschweiz im Bereich Velo hinterherhinken.

Dementsprechend sind wir nicht der Meinung, dass es hier eine weitere Fachstelle benötigt, sondern dass die bestehenden Ressourcen dafür ausreichen und dementsprechend bitte ich Sie, dieses Budgetpostulat nicht zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nehmen Sie die Zwischenfrage von Raffaella Hanauer an? Sie wird angenommen.

*Raffaella Hanauer (GAB):* Ich gebe Ihnen Recht, ich habe auch von Bezeichnung der Fachstelle gesprochen, aber ist Ihnen auch bewusst, lieber Pascal Messerli, dass das ASTRA ebenfalls aufgrund der neuen vielen Aufgaben neue Stellen geschaffen hat, um diesen Aufgaben gerecht zu werden?

*Pascal Messerli (SVP):* Ja, wenn das ASTRA zum Entschluss gekommen ist, dass neue Stellen nötig sind, dann ist das so. Wir kommen hier zum Schluss, dass im Kanton Basel-Stadt, wo schon sehr viel für den Veloverkehr gemacht wird, das nicht nötig.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit geht das Wort für den Regierungsrat an Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Es ist tatsächlich so, natürlich könnten wir eine Fachstelle auch einfach bezeichnen. Es ist aber so, und Grossrätin Raffaella Hanauer hat das detailliert ausgeführt, dass wir doch mehrere Herausforderungen haben. Einerseits nimmt das Volumen der Projekte natürlich angesichts des Fernwärmeausbaus wirklich zu, es verändern sich auch die Planungsgrundlagen, das geht relativ rasch. Es verändern sich die Ansprüche auch an Velomassnahmen und es kommt hinzu, dass wir doch häufiger auch mit Einsprachen zu kämpfen haben. Wegen der langen Dauer von Projekten müssen wir dann Projekte auch wieder anpassen, die zum Teil schon vor vielen Jahren geplant wurden und das ist einfach etwas, was sehr ressourcenintensiv ist. Heute tun wir viele dieser Dinge, aber wir möchten nochmals einen Zahn zulegen, auch mit Blick auf die Klimaziele, auch mit Blick auf die Mobilitätsstrategie und die Ziele, die wir dort verfolgen.



Deshalb bittet Sie der Regierungsrat um Überweisung des Budgetpostulats, aber nur um die Hälfte des Betrags, weil, wie Sie sich natürlich vorstellen können, wenn Sie heute den Beschluss fassen, uns diese Finanzierung zu geben, dann braucht es Zeit, bis wir diese Personen auch finden und deshalb reicht vorerst ein Teil dieses Betrags für das Jahr 2024.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Esther Keller, Pascal Messerli möchte Ihnen eine Frage stellen. Sie wird angenommen.

*Pascal Messerli (SVP):* Frau Regierungsrätin, warum schreibt der Regierungsrat dann im Bericht, dass der Bund diese Fachstelle explizit auch fordert vom Kanton? Das stimmt ja nicht, wenn man sie einfach nur bezeichnen kann.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Die Fachstelle fordert er, er schreibt aber nicht von den zusätzlichen Ressourcen. Wir haben da nochmal explizit gemacht, dass wir dankbar wären um die, Zitat, zusätzlichen Ressourcen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegt ein Grossratsbeschluss vor. Wenn Sie den Erläuterungen der Regierung zustimmen, nehmen Sie diesen an. Wenn Sie diesen ablehnen, dann lehnen Sie damit auch das Budgetpostulat ab.

Wir kommen zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses zum Budgetpostulat

Titel und Ingress

Einzigster Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Zustimmung zum Grossratsbeschluss, NEIN heisst Ablehnung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**56 Ja, 33 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003306, 17.04.24 16:19:52]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

In Entsprechung des Budgetpostulats 2024 Raphael Fuhrer werden im Budget 2024 des Bau- und Verkehrsdepartements zusätzlich Fr. 90'000 eingestellt (Position Bau- und Verkehrsdepartement, 661 Amt für Mobilität, 30 Personalaufwand (Velofachstelle)).

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Mit 56 Ja-Stimmen gegen 33 Nein-Stimmen und einer Enthaltung wurde dem Grossratsbeschluss zugestimmt.

## **33. Budgetpostulat 2024 Christine Keller Bau- und Verkehrsdepartement, 614 Stadtgärtnerei, 31 Sach- und Betriebsaufwand (Hundefreilaufzone "Merkuranlage"), Bericht des RR**

[17.04.24 16:20:02, 23.5638.02]



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, das Budgetpostulat abzulehnen.

Das Wort geht an Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Ich möchte Ihnen kurz ausführen, weshalb hier der Regierungsrat das Budgetpostulat nicht entgegennehmen möchte. Es ist nicht so, dass wir das Anliegen nicht teilen, im Gegenteil, wir sehen auch, dass diese Hundefreilaufzone in ihrem Zustand doch verbesserbar ist. Es ist aber auch, wenn Sie anschauen, die finanziellen Posten, die da ausgeführt sind, zweimal 10'000 Franken, einmal 30'000 Franken und einmal 5'000 Franken, wir denken, das sind doch kleinere Beträge, die wir auch im laufenden Unterhalt unterbringen können und deshalb ist es nicht nötig, dass sie uns hier dieses Budgetpostulat überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Christine Keller hat sich für ein Einzelvotum gemeldet.

*Christine Keller (SP):* Haben Sie sich schon mal geachtet, dass auf den schönen Bildern oben an Ihnen auch Hunde zu sehen sind? Das Hündlein zu meiner Rechten schaut etwas traurig. Wahrscheinlich ist das kürzlich auf dem Hundepark gewesen und ist nicht so zufrieden damit. Esther Keller hat jetzt netterweise gesagt, man sehe das auch so und die Beträge seien ja klein und deshalb soll man das im ordentlichen Unterhalt unterbringen und das Postulat sei nicht nötig. Nun ja, nicht nur ich, sondern viele andere Nutzende des Hundeparks mit ihren Hunden hatten ja durchaus Kontakt mit der Stadtgärtnerei. Wir machen das ja nicht so out of the blue. Da wurde halt immer homerisch geklagt, man habe halt schon zu wenig Geld und Tatsache ist, seit Jahren stellen wir eigentlich diese, wie Sie sagen, bescheidenen Forderungen und seit Jahren passiert nichts.

Im schriftlichen Bericht kann ich ja lesen, dass man das Rondell selbstverständlich ausbessern will. Das ist aber schon seit Jahren in dem Zustand, dass es sich jedes Mal zur Freude insbesondere der Haltenden von weissen Hunden in ein Schlammbad verwandelt, sobald es regnet, weshalb die Hunde dann nicht mehr weiss sind, wenn sie den Park verlassen. Dieses Rondell ist auch wirklich nicht erst kürzlich in Betrieb und darum wundere ich mich, dass man schreibt, die Lampe, das soll jetzt kommen, aber das sei ja erst seit kurzem nötig. Und wegen den unerwünschten Besuchern, ich weiss nicht, gelegentlich, allerdings nicht allzu oft, hat es im Sommer Leute, die den Park nachts nutzen zu anderen Zwecken als Hundeauslauf, aber diese werden ja durch Licht wohl eher abgeschreckt als angezogen.

Das Hauptanliegen ist aber der Brunnen und da schreibt jetzt die Regierung, man wolle eine Zapfstelle einrichten und das aber nur saisonal. Und da muss ich schon sagen, ich habe im Ratschlag Hafentbahn gelesen, sehr viele Trinkbrunnen sollen an der Langen Erle neu erstellt werden und wir möchten nicht nur eine Zapfstelle, die Hunde haben auch im Winter Durst, wir wollen einen Brunnen, wo die Hunde trinken dürfen im Sommer wie im Winter und haben dafür 30'000. Die Auskunft war von der Stadtgärtnerei, dass das in Zusammenarbeit mit der IWB ebenso viel koste. Diesen bescheidenen Betrag haben wir eingesetzt.

Also bitte verträsten Sie das arme Hündlein und mich nicht nochmals auf zukünftige Unterhaltsarbeiten, sondern geben Sie der Stadtgärtnerei, die offenbar auch durch Unwetterschäden, Stromschäden wieder unter Druck geraten ist finanziell, geben Sie ihr das Geld, damit das jetzt wirklich im Laufe des Jahres getan werden kann.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein zweites Votum. Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Ablehnung gemäss Antrag RR, NEIN heisst Erfüllung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**32 Ja, 51 Nein, 5 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003308, 17.04.24 16:25:07]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

In Entsprechung des Budgetpostulats 2024 Christine Keller werden im Budget 2024 des Bau- und Verkehrsdepartements zusätzlich Fr. 55'000 eingestellt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben entschieden, das Budgetpostulat zu erfüllen mit 51 Nein-Stimmen gegen 32 Ja-Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Damit haben Sie das Budget nachträglich verändert. Entsprechend wird ein Grossratsbeschluss erstellt und im Kantonsblatt publiziert.

### **34. Motion Tobias Christ und Konsorten betreffend ein gesundes Stadtklima, Stellungnahme des RR**

[17.04.24 16:25:28, 23.5544.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Für den Regierungsrat geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Der Regierungsrat beantragt Ihnen, hier die Motion als Anzug zu überweisen. Im Wesentlichen nehmen die Motionen ja die Flächenziele des Gegenvorschlags der Stadtklima-Initiativen auf, aber mit gewissen Abweichungen. Der Regierungsrat hat damals bestätigt, dass die Flächenziele der Gegenvorschläge grundsätzlich erreichbar sind, also ambitioniert, aber erreichbar. Der Regierungsrat hat aber auch immer betont, dass die Flächenziele im Gesetz nicht nötig und je nachdem sogar kontraproduktiv sind. Nicht nötig sind sie, da wir die Weichen gestellt haben. Sie wissen, dass wir vor rund drei Jahren das Stadtklimakonzept verabschiedet haben. Das ist eben mehr als ein Konzept, das ist ein Masterplan. Das Stadtklimakonzept ist per sofort verbindlich geworden für alle planenden Instanzen. Das heisst, dass ab diesem Moment das Grün, die Begrünung, die Baumpflanzungen ein höheres Gewicht in der Planung haben. Dasselbe gilt für die Mobilitätsstrategie, die wir vor einem Jahr verabschiedet haben. Auch da haben wir klare Weichen gestellt zugunsten beispielsweise des ÖVs, des Veloverkehrs oder der zu Fuss Gehenden. Das alles ist verbindlich und da liegen auch Massnahmenpakete dahinter.

Kontraproduktiv können solche Flächenziele sein, weil einer der grössten Hebel, den wir haben, in der Erreichung unserer Klimaziele der Fernwärmeausbau ist. Da liegt ein grosser Hebel zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Belastung in unserem Kanton und es ist wichtig, dass wir dieses Projekt vorantreiben. Das bedeutet, dass wir, wo immer möglich, natürlich prüfen, wo eine Begrünung möglich ist, wo wir Velowege verbessern können, usw., aber eben am konkreten Projekt. Und dafür werden wir auch noch Ressourcen beantragen. Sie wissen, dass die UVEK-Motion, die uns auffordert, die Baustellen einerseits zu koordinieren, aber andererseits auch das Potenzial zu nutzen für Begrünung, für klimafreundlichen Verkehr, dass wir dieses Potenzial nutzen und dafür brauchen wir die nötigen Ressourcen. Sie werden diesen Ratschlag bald vorliegen haben.

Gerne werden wir Ihnen auch berichten zur Umsetzung natürlich dann dieser Ziele und das Parlament hat ja auch weitere Einflussmöglichkeiten und deshalb bitten wir Sie, hier diese Motion als Anzug zu überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die Fraktion GAB geht das Wort an Raphael Fuhrer.

*Raphael Fuhrer (GAB):* Für die GAB-Fraktion möchte ich beantragen, dieses Geschäft als Motion zu überweisen. Wir haben genau vor einer Woche hier drinnen über einen Teil des Stadtklimakonzepts beraten. Das war eine lebhafte Diskussion über mobile Elemente, die Meinungen waren geteilt, aber einig waren wir uns darin, dass das nur temporäre, vorübergehende Massnahmen im Sinne einer Krücke sind, bis dann permanente und richtige «grüne» Massnahmen umgesetzt werden. Nun haben wir die Chance, das auch verbindlich zu machen mit der Zweitüberweisung dieses Geschäfts als Motion und ich erhoffe mir schon, dass wir das heute auch machen.

Warum per Motion und warum geben wir uns als GAB nicht einfach zufrieden mit dem Stadtklimakonzept und der Behördenverbindlichkeit, wie das Regierungsrätin Esther Keller ausgeführt hat. Es ist ja nicht so, dass es in Sachen Grünraum im öffentlichen Raum nicht schon Konzepte gab, zum Beispiel das Alleen-Konzept, das gibt es seit vielen Jahren. Da drin sind Achsen eingezeichnet, da wurde gebaut und es sind heute keine Alleen da, Beispiel Hardstrasse. Es ist also schön und gut, wenn man solche Konzepte hat, es gibt viele dieser Konzepte. Bei diesem zentralen Punkt der Begrünung,



die so wichtig ist für die Lebensqualität aller Menschen, die in unserem Kanton wohnen in Zukunft, finden wir es angebracht, dass wir das verbindlicher machen.

Wir sind darum dafür, das Geschäft als Motion zweit zu überweisen und möchten beliebt machen, das auch so zu tun.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SP spricht Daniel Sägesser.

*Daniel Sägesser (SP):* Die SP-Fraktion wird diese Motion wie auch die folgende Motion als solche zweitüberweisen. Die Begründung des Regierungsrates, weshalb er die Motionen nur als Anzug überweisen will, lösen bei uns einige Verwunderung aus. Der Regierungsrat schreibt in seiner Stellungnahme und wiederholt es auch heute, es sei nicht möglich, flächendeckend über die ganze Stadt eine sinnvolle Zielgrösse für einzelne Flächenanteile abzuschätzen. Eine ziemlich wilde Begründung, wenn wir uns die Geschichte dieser Zielgrössen vor Augen führen. Die Zielgrössen, über die wir heute sprechen, wurden ursprünglich vom Regierungsrat in seinem Gegenvorschlag abgeschätzt und für sinnvoll befunden und danach von der bürgerlichen UVEK-Mehrheit, von GLP bis SVP, die Umwidmungsrate pro Jahr sogar nochmals reduziert. Ich verweise an dieser Stelle auf meine Erläuterungen in meinem Votum bei der Erstüberweisung dieser Motionen im letzten Dezember.

Und auch das zweite Argument des Regierungsrates, diese extrem tiefen Zahlen könnten den Ausbau der Fernwärme verzögern, lässt uns ziemlich ratlos zurück. Als der Regierungsrat in seinem Gegenvorschlag zu den Stadtklima-Initiativen sogar noch leicht höhere Umwidmungsrate pro Jahr vorgeschlagen hat als die UVEK-Mehrheit, war nie die Rede davon, dass er damit den Fernwärmeausbau gefährden würde. Im Gegenteil, uns wurde versichert, dass das kompatibel ist.

Im Vergleich zum Anzug sehen wir in der Motion mehr Verbindlichkeit und konkrete Ziele, die wir erreichen möchten. Unserer Parteibasis hat zudem einstimmig die Ja-Parole sogar für die Initiativen gefasst. Unter diesem Gesichtspunkt wäre es jetzt natürlich schwierig zu argumentieren, weshalb wir die Motionsforderungen abschwächen wollen. Aus diesen Gründen wird die SP-Fraktion diese Motionen heute dem Regierungsrat zur Umsetzung überweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SVP spricht Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Die SVP-Fraktion bittet Sie, beide Motionen nicht zu überweisen. Stellen Sie sich folgende Geschichte vor: Rot-Grün möchte verkehrspolitisch den Fünfer und das Weggli und reicht dementsprechend zwei Anliegen ein namens Stadtklima-Initiativen. Der Regierungsrat spürt diesen Heisshunger, stellt ein grosses Weggli in Aussicht, ist aber der Meinung, dass der Batzen vielleicht die selbsternannte Klimaloki zum Entgleisen bringen könnte, weil der Ausbau der Fernwärmeenergie damit gefährdet wäre.

In der zuständigen Sachkommission streitet man sich über die Grösse des Weggli, für Rot-Grün kann das Weggli nicht gross genug sein. Auf der bürgerlichen Seite ist man der Meinung oder stellt man sich die Frage, ob überhaupt ein Weggli nötig ist. Dennoch kommt man dann zum mehrheitlichen Entschluss, dass man einem Gegenvorschlag dann vielleicht doch zustimmt und ein Weggli genehmigt. Rot-Grün trotzt dann in der Debatte herum wie ein kleines Kind und wirft das vorhandene Weggli vom Tisch. In der Abstimmung vor der Bevölkerung fordert sie dann wiederum den Batzen und das Weggli. Die Bevölkerung sagt nein, Sie können nicht den Batzen und das Weggli haben und Rot-Grün steht mit leeren Händen da. Dann kommt die GLP, meint, sie sind dann mit einem oberschlaun Vorstoss oder mit zwei Vorstössen präsent und backen ein neues Weggli, um es Rot-Grün aufzutischen.

Und dann frage ich mich schon, warum sollten wir jetzt hier dem zustimmen und Rot-Grün für die destruktive Politik belohnen. Beide Vorstösse sind hier eine absolute Farce und widersprechen auch dem klaren Volksentscheid. Der Volksentscheid wurde nicht knapp beschlossen, sondern er war ziemlich deutlich. Es war bei der einen Initiative fast 60 Prozent. Dementsprechend ist es jetzt auch nicht so, dass die Bevölkerung unbedingt der Meinung ist, dass mehr Parkplätze abgebaut werden müssen, ich glaube, eher das Gegenteil ist der Fall. Die Bevölkerung hat langsam, aber sicher auch die Nase voll, dass man überall immer und immer wieder Parkplätze abschafft und das Gewerbe und den Mittelstand hier etwas auch ärgert. Man hat das ja auch schon bei der Abstimmung beim Friedhof Hörnli gesehen, dort gab es auch ein ganz klares Nein zum Parkplatzabbau.

Dementsprechend muss man sich ja schon die Frage stellen, inwiefern nehmen wir Volksentscheide ernst, inwiefern nehmen wir die parlamentarische Debatte und den Versuch nach Kompromissen zu schmieden ernst und man kann nicht zuerst hier einfach etwas ablehnen und sagen, man will mehr, mehr und mehr und wenn man dann merkt, man bekommt nicht mehr, dann halt doch wieder auf diesen Gegenvorschlag umschwingen. Das ist aus unserer Sicht eine ungläubwürdige Politik und dementsprechend bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, beide Motionen nicht zu überweisen, auch als Anzug nicht.



Ich glaube, Regierungsrätin Esther Keller hat es auch gesagt, dass sehr viel auch gemacht wird in den nächsten Jahren. Wir haben den Ausbau der Fernwärmeenergie vor uns, es wird ja auch überall geprüft, wo entsiegelt werden kann und wo neue Bäume gepflanzt werden können. Ich glaube, das ist ja auch ein Staatsauftrag, der jetzt auch bemerkt wurde und auch anerkannt wurde und dafür gibt es gewisse Instrumente, aber es benötigt jetzt nicht noch diese zwei Motionen, welche ja schon im Parlament verworfen wurden, mehr oder weniger.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die GLP hat das Wort Tobias Christ.

*Tobias Christ (GLP):* Der Saal ist nicht besonders voll, ich nutze trotzdem die Gelegenheit, hier einige Dinge ins richtige Licht zu rücken. Ich spreche für beide Motionen, wie das meine Vorredner auch schon gemacht haben, aber das nur fürs Protokoll.

Vergessen wir zuerst einmal die ganze Vorgeschichte dieser Motionen und zur Vereinfachung schauen wir uns nur die Forderungen an, die ja auf dem Tisch liegen. Ich komme nachher auch noch zum ganzen Kontext, keine Angst. Was wird hier gefordert? Es geht um diese konkreten Ziele bezüglich Begrünung, damit die Stadt lebenswert bleibt, also quasi als Klimaadaptionsmassnahme, und es geht natürlich auch um die Langsamverkehr-Förderung, insbesondere des Veloverkehrs. Diese Ziele sind nicht überall gleichermassen, aber ich würde mal sagen, man kann pauschal sagen, die Ziele an sich sind ziemlich im breiten politischen Spektrum unbestritten. Dass man jetzt Flächenziele festlegt, ist auch schon eine alte Geschichte, da haben wir schon verschiedentlich dazu geredet, ob jetzt das sinnvoll ist und wie man das machen soll. Auch das ist eigentlich, wie soll ich sagen, vielleicht weniger unumstritten, aber es ist doch auch klar, dass es der Sache dient.

Dazu einfach auch noch ein Aspekt, der vielleicht nicht genannt worden ist. Es geht nicht nur darum, dass man hier quasi der Verwaltung ein konkretes Ziel vorgibt, es geht auch darum, insbesondere wenn sich zeigt, dass das Ziel nicht möglich ist, dass quasi der politische Diskurs darüber geführt wird, also es dann wie ans Tageslicht kommt, Achtung, wir haben hier ein Problem, wir fallen hier ins kollektiven Wunschenken rein. Wir wollen alle mehr Begrünung, aber es klappt nicht, wir erreichen diese Ziele nicht. Das ist auch ein wichtiger Aspekt. Deshalb, Ziele machen Sinn.

Dann ist die nächste Frage, wie sollen diese Ziele sein. Hier liegt jetzt ein konkreter Vorschlag vor, der ist ziemlich moderat. Der ist schon ziemlich gut diskutiert worden und hat seine Geschichte. Natürlich bin ich auch mit dem Regierungsrat einig, Ziele können auch überfordern, sie können auch kontraproduktiv sein, insbesondere wenn sie zu hochgesteckt sind. Ich glaube aber, ich kann hier auch mal sagen, das dürfte hier nicht der Fall sein. Wir haben hier sehr moderate Ziele, die uns nicht überfordern werden, aber es macht Sinn, dass wir diese Ziele haben.

Jetzt können wir uns wieder die Geschichte in Erinnerung rufen. Ich wollte eigentlich auf Polemiken verzichten und das ein bisschen einfacher machen, aber nach dem Votum für die SVP von Pascal Messerli geht das jetzt leider nicht mehr. Deshalb kann ich doch noch einmal ein bisschen polemisch sagen, wir haben diese Motion jetzt hier, weil wir als Grosser Rat unsere Hausaufgaben nicht gemacht haben damals in der Behandlung dieser Initiativen. Wir hätten einen Gegenvorschlag machen sollen, das wäre definitiv im Sinne der Stimmbevölkerung gewesen, das wäre im Sinne der politischen Meinungsbildung gewesen. Wir wären mit einem Gegenvorschlag an die Urne gegangen, das hat nicht geklappt.

Pascal Messerli hat die Geschichte wunderschön erzählt. In einigen Details stimmt es dann aber nachher nicht mehr. Nämlich sind wir nicht mit einem neuen Vorschlag gekommen und haben ein neues Brötchen gebacken, nein, wir haben von Anfang an als GLP gesagt, dieser sehr moderate Gegenvorschlag, der damals dann nicht zustande gekommen ist, der ist auf jeden Fall sinnvoll und an dem werden wir festhalten, mit dem werden wir die Initiative bekämpfen. Ich wiederhole hier auch noch einmal mein letztes Votum zum Thema. Ich bin der vollen Überzeugung, ohne dieses Argument wäre die Initiative möglicherweise, vielleicht nicht voller Überzeugung, aber die Chancen wären gut gewesen, dass sie dann durchgekommen wäre. So klar wurde sie dann auch nicht abgelehnt. Aber auf jeden Fall war das nicht irgendwie, dass wir jetzt mit einem neuen Trick gekommen sind, sondern so sind wir in den Abstimmungskampf gegangen. Deshalb ganz klar, diese Motion, die hat es gebraucht und die braucht es auch jetzt und es wäre politisch nicht redlich gewesen, das nicht zu machen oder zurückzuziehen oder was auch immer.

Polemiken beiseite, konkret haben wir die Situation, wir hatten diese Abstimmung an der Urne. Jetzt geht es wirklich um die Interpretation davon und deshalb braucht es jetzt konkret diese Motionen. Es ist wirklich wichtig, dass jetzt nicht nachträglich gesagt wird, das Volk hat entschieden, sie will keine Politik in diese Richtung, sie will keine solche Ziele. Das ist nicht der Fall, das hat das Volk nicht gesagt mit diesem nein. Sondern ich bin der vollen Überzeugung, was das Volk mehrheitlich gesagt hat, ist, sie wollen Ziele, aber sie wollen Ziele, hinter denen die Regierung auch stehen kann, die breit abgestützt sind, die sinnvoll sind, die realistisch sind und diese haben wir hier mit dieser Motion. Es geht also wirklich um diese Interpretation.

Jetzt noch zum Detail, warum Motion und nicht Anzug. Ich habe Verständnis dafür, dass die Regierung das als Anzug haben will. Es hat eine gewisse Logik, wir stehen sowieso hinter diesen Zielen, unsere Politik geht in diese Richtung, wir arbeiten so, deshalb braucht es die Motion nicht. Das ist für mich schlüssig, das kann ich nachvollziehen, aber ich glaube, es ist nicht richtig. Ich glaube, hier braucht es doch ganz konkret diese Gesetzesvorlage. Ich habe es vorhin schon ein bisschen



angetönt, eben auch deshalb, damit es wirklich klar ist, wenn das nicht erreicht wird, dass es eine gewisse Verbindlichkeit hat. Das braucht es im Kleinen, wenn es wirklich dann um Zielkonflikte geht, wenn es um Güterabwägungen geht, dass da wirklich auch klar ist, die Gewichtung, die wird damit ein bisschen geändert mit diesen konkreten Zielen, und es braucht es auch im Grossen, wenn grundsätzlich klar wird, wir haben ein Problem, wir kommen da nirgendwo hin, wir kommen nicht vorwärts.

In diesem Kontext muss ich auch noch erwähnen, es sind ganz klar Minimalziele. Meine Hoffnung ist ganz klar, dass mehr möglich ist und da können Sie sagen, ich bin ein Träumer, mag sein, aber ich glaube, wenn wir wirklich umdenken, und das müssen wir und das wollen wir und das wollen wir jetzt mit dieser Motion unterstreichen, dann wird auch mehr möglich sein.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Daniel Seiler.

*Daniel Seiler (FDP):* Ich nehme an, ich kann auch im Namen meiner Partei sprechen. Es ist schon lustig, dass wir jetzt hier den Volkswillen interpretieren müssen und so interpretieren. Mit wie vielen Leuten haben Sie denn gesprochen, um das so sicherzustellen, dass das Volk das ganz anders wollte, wie es abgestimmt hat? Fakt ist, auch wenn ich jetzt ein bisschen polemisch werde, Fakt ist, das Volk hat abgelehnt und das wird einfach hier ignoriert. Der Volkswillen wird ignoriert. Heute Morgen haben wir wieder den Volkswillen stark diskutiert, was das Volk alles will, was wir alles in die Verfassung geschrieben haben. Mit dieser Abstimmung im Herbst haben wir das erste Mal konkret über Massnahmen diskutiert und das Volk ist Ihnen nicht gefolgt. Sie können doch jetzt nicht weitermachen.

Esther Keller sagt, flächenmässig einfach erreichbar, Gute-Luft-Initiative, wir reden von 70 Prozent der Fläche von der Initiative, einfach umsetzbar. Ja, das möchten wir dann zuerst Mal sehen. Und was passiert momentan, Allschwilerplatz und die Regierung sagt, da lassen wir ein paar Parkplätze, UVEK sagt, Parkplätze müssen weg, das ist der Volkswille. Welcher Volkswille? Haben wir über das abgestimmt? Ich habe keine solche Abstimmung gesehen. Als es um Netto-Null ging, haben Sie sich verweigert, darüber zu diskutieren mit uns, was die Massnahmen sind. Heute Morgen haben Sie gesagt, Rheintunnel dürfen wir nicht mehr machen wegen Netto-Null, aber als es um die Abstimmung ging, haben sich alle versteckt. Keiner kam nach vorne und sagte, wenn wir Netto-Null annehmen, gibt es keinen Rheintunnel. Das hat niemand gesagt, das hat sich niemand getraut, weil Sie Angst haben, dass das Volk eben nicht so deutlich das Ganze annimmt.

Jetzt noch eine zusätzliche Anmerkung von vorhin. Angst vor Rekursen, die Rekurse kommen, weil die Leute unzufrieden sind, Esther Keller. Superblock, einfach als Information, da gibt es Dutzende Leute aus der Bevölkerung, von den Anwohnern im St. Johann, die jetzt Rekurs eingelegt haben gegen diese Superblocks. Sie wurden ja nicht einmal befragt im Vorfeld, sie sind auf uns zugekommen und haben sich beklagt. Einfach so viel zum Volkswillen und wie man mit dem umgeht.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Claudia Baumgartner. Sie wird angenommen.

*Claudia Baumgartner (GLP):* Daniel Seiler, Sie kommen jetzt nochmals mit diesem Volkswillen. Wie Tobias Christ vorhin gesagt hat, wir haben es verpasst im Grossen Rat, hier einen Gegenvorschlag zu bringen, das Volk konnte gar nicht abstimmen. Sehen Sie das anders? Sie hatten nur null oder 100 Prozent. Also der Volkswille, den kann man so nicht interpretieren.

*Daniel Seiler (FDP):* Das Volk hatte eine Vorlage, wir haben darüber diskutiert, es war eine heftige Debatte, Ihre Seite hat gesagt, die Initiativen werden locker angenommen, nein, sie wurden abgelehnt. Jetzt müssen wir mit diesen Tatsachen umgehen, meinte ich, man kann das nicht einfach zur Seite schieben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum.

Wir kommen zu den Abstimmungen. Raphael Fuhrer beantragt Überweisung als Motion.

## Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion.

## Ergebnis der Abstimmung

**37 Ja, 51 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003311, 17.04.24 16:46:41]



### Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 51 Nein-Stimmen gegen 37 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Pascal Messerli beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen damit zur Schlussabstimmung.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

### Ergebnis der Abstimmung

**54 Ja, 35 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003313, 17.04.24 16:47:27]

### Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Frist: 4 Jahre

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Motion wird überwiesen mit 54 Ja-Stimmen gegen 35 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

## 35. Motion Tobias Christ und Konsorten betreffend eine zukunftsfähige Mobilität, Stellungnahme des RR

[17.04.24 16:47:33, 23.5545.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Viele haben schon zu diesem Geschäft beim vorigen Geschäft gesprochen. Wir machen natürlich trotzdem die Runde. Zuerst hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort. Sie verzichtet. Dann kommen wir zu den Fraktionen, für die LDP spricht Daniel Hettich.

*Daniel Hettich (LDP):* Auch diese Motion knüpft an die Volksabstimmung zu den Stadtklima-Abstimmungen an, die verworfen wurden. Die Motionäre respektieren den Volkswillen nicht und fordern auf diesem Weg die Umsetzung des Gegenvorschlags. Es erübrigt sich, das weiter zu umschreiben. Die LDP unterstützt diese Motion nicht und hält sich an die Abstimmung. Danke fürs Nichtüberweisen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für das GAB hat das Wort Tonja Zürcher.

*Tonja Zürcher (GAB):* Sie haben es vielleicht vor kurzem auch auf Insta oder irgendwo sonst gesehen, in Paris pendeln bereits mehr Menschen mit dem Velo als mit dem Auto und das nachdem innert kürzester Zeit bei der Veloinfrastruktur massiv vorwärtsgemacht wurde. Ich war noch vor wenigen Jahren mal auf einer Velotour durch Paris unterwegs und es war



eine absolute Katastrophe und mit ein paar politischen und entschlossenen Entscheiden konnte das jetzt stark verändert werden. Es geht aber nicht nur um das Velo, auch beim ÖV wird vorwärtsgemacht.

Der Verkehr, und um den geht es jetzt bei dieser Motion hier, macht einen Drittel ungefähr der CO<sub>2</sub> -Emissionen in diesem Kanton aus. Und ja, wenn Sie schon gerne von Volksentscheiden reden, Basel-Stadt, die Bevölkerung hat ganz klar Netto-Null bis 2037 angenommen, eine Mehrheit wäre sogar auch bis 2030 dabei gewesen. Darüber hat die Bevölkerung tatsächlich abgestimmt, über diese Motionen nicht. Wir müssen diesen Drittel CO<sub>2</sub> -Emissionen auf null bekommen. Das liegt mit den bis jetzt aufgegleisten Massnahmen und auch mit der Mobilitätsstrategie der Regierung aber nicht vor. Die Mobilitätsstrategie bringt nur ungefähr eine Reduktion der Emissionen um einen Viertel, also nicht, dass dann nur noch 10 Prozent da sind, sondern ein Viertel des Drittels wird reduziert, also ziemlich wenig, was da wekommt. Die Klimastrategie möchte, dass der Autoverkehr auf dem Stadt- und Kantonsnetz um einen Drittel reduziert wird. Damit würde doch ein recht beträchtlicher Beitrag geleistet, um Netto-Null zu erreichen, aber auch das reicht nicht aus für Netto-Null. Also ein Drittel weniger ist halt eben auch nicht 100 Prozent weniger.

Und jetzt sagen Sie, okay, die Elektromobilität, die wird eh alles lösen, dann haben wir gar kein Problem mehr, dann können wir rumfahren, wie wir wollen und das Klima hat überhaupt kein Problem mehr. Nun ist es so, dass sogar der Interessensverband der Swiss E-Mobility davon ausgeht, dass bis Basel-Stadt Netto-Null erreichen muss, noch etwa die Hälfte der Fahrzeuge fossil betrieben sind, die unterwegs sind. Wenn Sie die Schweizer Politik etwas verfolgt haben, CO<sub>2</sub> -Gesetz, usw., dann haben Sie wahrscheinlich mitbekommen, dass da nicht wirklich etwas dafür gemacht wird, um diesen Umstieg von Fossil zu Elektro zu beschleunigen.

Auch wenn die E-Autos im Betrieb plus-minus CO<sub>2</sub> -frei sind, zumindest bei uns, wo der Strom mehrheitlich kohle- und gasfrei ist, sind sie es insgesamt nicht. In der Produktion sind sie sehr ressourcenintensiv und gerade die Batterien werden auch oft in Ländern produziert, wo es eben nicht CO<sub>2</sub> -neutralen Strom gibt. Das heisst, es gibt hier eine Verschiebung der CO<sub>2</sub> -Emissionen von bei uns zum Produktionsland, auch eine Reduktion, das ist richtig, aber eben auch eine Verschiebung und das ist auch nicht unbedingt im Sinn der Klimagerechtigkeit. Die Elektrifizierung der Mobilität ist sinnvoll, aber sie alleine löst das Problem eben doch nicht.

Und so ähnlich ist es bei diesen Motionen hier. Sie alleine reichen auch nicht dafür, um Klimagerechtigkeit und Netto-Null zu erreichen, aber sie schreiben wenigstens vor, dass das umgesetzt werden soll, was eigentlich schon lange aufgegleist ist. Die Ziele entsprechen nämlich ungefähr dem, was eh schon dem Status Quo entspricht. Der grosse Unterschied zu einfach weitermachen wie bisher und diese Motion überweisen, ist, dass sie klare und messbare Ziele haben. Diese Regierung will das offenbar nicht, aber ich denke, wir sollten das wollen als Parlament, das Aufträge vergibt, dass wir auch Ziele haben, die wir messen können und die nicht einfach nur nette Worte sind, wo man am Schluss sich darüber streiten kann, ob diese netten Worte erreicht wurden.

Ich danke Ihnen also für die Überweisung als Motion.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Nehmen Sie die Zwischenfrage von Daniel Seiler an? Sie wird angenommen.

*Daniel Seiler (FDP):* Es geht um eine Verständnisfrage. Ich habe das schon ein paar Mal gehört in dieser Klimastrategie, da redet man von einem Drittel Reduktion der Autos. Wissen Sie, wie das demokratisch legitimiert ist?

*Tonja Zürcher (GAB):* Wie bereits ausgeführt, wir haben einen Klimaparagrafen in unserer Verfassung, Netto-Null 2037, und das kann man nur erreichen, indem man auch etwas macht und diese Strategie ist der Weg dazu, das zu erreichen. Einfach so unter uns, wir wissen alle, dass das alleine nicht reicht und es noch mehr braucht.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Wie kommen damit wieder zur Sprecherin des Regierungsrats. Sie verzichtet.

Tonja Zürcher beantragt Überweisung als Motion. Wir kommen zur Eventualabstimmung.

## Abstimmung

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

## Ergebnis der Abstimmung

**39 Ja, 50 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003315, 17.04.24 16:54:18]



### Der Grosse Rat beschliesst

Weiterbehandlung als Motion

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben sich für die Weiterbehandlung als Motion entschieden mit 50 Nein-Stimmen gegen 39 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Daniel Hettich beantragt Nichtüberweisung. Wir kommen zur Abstimmung.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung der Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

### Ergebnis der Abstimmung

**54 Ja, 36 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003317, 17.04.24 16:55:00]

### Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

Frist: 4 Jahre

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben die Motion überwiesen mit 54 Ja-Stimmen gegen 36 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung.

## 36. Motion Lisa Mathys und Konsorten betreffend flankierende Massnahmen Autobahnzubringer Allschwil ZUBA, Zwischenbericht des RR

[17.04.24 16:55:07, 19.5447.03]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, die Frist bis am 30. Juni 2025 zu erstrecken.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine Fraktionsvoten eingetragen, aber ein Einzelvotum von Lisa Mathys.

*Lisa Mathys (SP):* Ich habe mich für das Einzelvotum entschieden, weil ich sowieso nicht mehr als fünf Minuten brauche und weil ich dachte, ich mache das in meinem Namen. Ich fand es einfach trotzdem wichtig, hier noch einmal kurz den Bogen zu schlagen zur Debatte von heute Morgen betreffend des Rheintunnels. Ich finde, dass die beiden Geschäfte nicht ganz unverwandt sind und ich finde, dass der ZUBA respektive die Erschliessung des Gebiets Bachgraben ein Beispiel dafür sind, wie wir es eben nie mehr und nicht mehr machen sollten.

Im Bereich Bachgraben wurde ein Wirtschaftsgebiet entwickelt, ohne rechtzeitig frühzeitig die Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr, aber auch die übrige Erschliessung zu gewährleisten und gut zu planen. Ich denke, wir können hier drin wahrscheinlich davon ausgehen, dass das vor allem ein Versäumnis im Nachbarkanton war, nichtsdestotrotz sollten wir daraus lernen und unsere Botschaften dafür mitnehmen, wenn wir jetzt wieder etwas neues Grosses planen oder vor uns haben, das geplant wird vom ASTRA und wir dann nicht rechtzeitig schauen, dass wir auch wirklich bereit sind für die nötige Entlastung zu sorgen auf dem Gebiet, das uns dann hier im Kanton betrifft.

Selbstverständlich stimme ich der Fristverlängerung zu. Man kann das ja nicht beschleunigen, wenn dort die Sachen nicht so weit sind, aber ich finde, nichtsdestotrotz soll hier noch einmal erwähnt sein, dass diese Erfüllung dieser Entlastungsmassnahmen ganz wichtig sind in diesem Zusammenhang, weil wir sonst dort wiederum ein Autobahnausbau



haben, aber nicht gleichzeitig auch eine wirkliche Entlastung mit umweltfreundlichem Charakter. Deshalb wollte ich das hier noch zu Protokoll geben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Esther Keller verzichtet. Es wurde kein Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

Die Frist entsprechend dem Antrag des Regierungsrates bis am 30. Juni 2025 zu erstrecken.

**37. Anzug Semseddin Yilmaz und Konsorten betreffend einem evt. Ausbau der Einsatztramlinie E11, Schreiben des RR**

[17.04.24 16:57:45, 22.5087.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Regierungsrätin Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Sie alle verzichten ebenfalls. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

**38. Anzug Jean-Luc Perret und Konsorten betreffend 30'-Takt im ÖV-Nachtnetz, Schreiben des RR**

[17.04.24 16:58:12, 22.5039.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Esther Keller verzichtet auf ein Votum. Sie alle verzichten ebenfalls. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

**39. Interpellation Nr. 22 René Brigger betreffend fehlende Publikumsnutzung im Claraturm, Schriftliche Beantwortung**

[17.04.24 16:58:37, 24.5083.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*René Brigger (SP):* Die Sache hat einen konkreten Inhalt, aber ist auch generell wichtig. Die Regierung respektive das BVD sagt, dass dieser Punkt des Bebauungsplanes, nämlich die Publikumsnutzung im Dachgeschoss des neuen Claraturms nicht durchgesetzt werden kann, weil keine Nutzungspflicht möglich ist, weil das ein Eingriff in die Eigentums- und Wirtschaftsfreiheit ist und weil keine gesetzliche Grundlage vorhanden ist.

Die Sache hat zwei Elemente. Erstens ein politisches Element, da nur kurz. Der Claraturm, das hat die BRK vor ungefähr zehn Jahren nach längeren Verhandlungen mit der UBS mehrheitsfähig gemacht und ein Element war eben die



Publikumsnutzung, auch zwecks Belegung des Messeplatzes, etc., des Claraturms. Die Investorin, die UBS hat zugestimmt, in der Volksabstimmung wurde das dann ganz knapp 51 zu 49 gutgeheissen. Ich glaube schlichtweg, dass ohne diese Publikumsnutzung die Abstimmung anders durchgekommen wäre.

Wie gesagt, wir haben ein genereller Aspekt auch. Die Frage ist, was können wir als Parlament, als Vertreter der Planungsträgerin des Kantons überhaupt in Bebauungsplänen einfügen. Da haben wir eine lange Tradition. Wir haben diverseste Möglichkeiten und wir machen das seit Jahren oder Jahrzehnten, wo auch eine Nutzungspflicht Teil eines Bebauungsplanes ist. Ich erwähne zum Beispiel, wenn bei einem Neubau, bei einer Planung gesagt wird, wir wollen ein Quartierparkplatz, eine Quartiermöglichkeit zum Parkieren oder wir wollen eine Ruderalfläche auf dem Dach, wenn der Investor dann sagt, ich mache kein Quartierparking, sagt dann das BVD auch, die Nutzungspflicht können wir nicht vorschreiben, das geht nicht? Oder bei einer Ruderalfläche auf dem Dach, wenn der Investor dann sagt nach dem Bau, wir machen da irgendwie einen Aufenthaltsraum, eine Party-Möglichkeit auf dem Dach, hat dann das BVD nicht die Möglichkeit oder die Pflicht, hier zuzugreifen und sagen, nein, das ist nicht die Nutzung, wir wollen die Nutzung zum Beispiel als Ruderalfläche?

Da gibt es x andere Beispiele. Hauptbeispiel, wo wir auch im Lindenhof daran sind, was wir in diversen Bebauungsplänen drin haben, ist die öffentliche Nutzung vom Erdgeschoss. Was ist, wenn dieses Erdgeschoss dann privat vermietet wird als Wohnung, etc., sagt dann das BVD auch, tut uns leid, das können wir nicht durchsetzen, obwohl es im Bebauungsplan ist? Und auch die Einwendung Wirtschaftseigentum, Wirtschaftsfreiheit, etc., jede Planung ist zum grössten Teil ein Eingriff in die Eigentumsfreiheit. Wobei die Bebauungspläne sind ja gesamthaft ein Vorteil für den Investor, weil der sogenannte Sondernutzungsplan dem Investor mehr Möglichkeiten gibt als in der normalen Bau- und Zonenordnung, sich auszubreiten und das verdichtet zu benutzen.

Und dann schwingt wahrscheinlich mit, der Entscheid des Verwaltungsgerichtes in Sachen Residenzpflicht Radiostudio Basel. Das wurde zwar geklärt, aber hier, liebe Frau Keller, finde ich schon, Sie schreiben wahrscheinlich das ab, was der Rechtsdienst Ihnen sagt, aber dort hat eben der Investor gesagt, wir sind nicht einverstanden mit diesem Punkt und hat dann Recht gekriegt. Aber die UBS war damit einverstanden, war sogar glücklich darüber, dass wir das mehrheitsfähig gemacht haben mit dieser kleinen Auflage und jetzt kommen Sie und sagen, wir können nichts machen, Eigentumsfreiheit, Nutzungspflicht kann man nicht vorschreiben, etc. Also das geht natürlich nicht.

Immerhin stelle ich fest, dass die UBS daran ist, das zu vermeiden, es gibt Interessenten. Sie sagen zwar, sie wollen das nur kostendeckend vermieten, aber auch das ist Quatsch. Dieser Plan muss erfüllt werden, im besten Fall für die UBS ist das kostendeckend oder gibt gar eine Rendite, aber losgelöst von der Kostendeckung muss der Plan eingehalten werden. Das ist die Grundlage einer geordneten Raumplanung, wo eben die Politik mitspielt, und die Raumplanung ist kein Menu à la carte, wo dann der Investor Jahre später sagen kann, diese Auflage machen wir und die anderen nicht. Und die BVD ist da in der Pflicht, das durchzusetzen. Ich bin von daher nicht befriedigt.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

#### **40. Motion René Brigger und Konsorten betreffend Anpassung Basler Baurecht an die Solaroffensive, Stellungnahme des RR**

[17.04.24 17:04:10, 23.5512.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Motion zu überweisen.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

##### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion stillschweigend dem Regierungsrat zu überweisen.



#### **41. Motion Oliver Bolliger und Konsorten betreffend temporäre Erhöhung des Freibetrags bei der Sozialhilfe aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie, Stellungnahme des RR**

[17.04.24 17:04:46, 21.5317.03]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben.

Das Wort geht an Regierungsrat Kaspar Sutter.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Ich gehe gerne auf die beiden folgenden Geschäfte ein, das heisst Traktandum 41 und 42, da sie sehr eng zusammenhängen.

Die Motion Bolliger ging davon aus, dass in der Covid-19-Pandemie die Situation von Armutsbetroffenen sich verschärft und hat deshalb beantragt, dass in dieser Zeit während einer befristeten Zeit der Vermögensfreibetrag erhöht wird, damit entsprechend die Leute früher zur Sozialhilfe kommen. Das haben wir gemacht. Wir hatten nicht höhere Sozialhilfezahlen in dieser Zeit, sondern sie sind weiter gesunken, auch in den Covid-Jahren. Was wir aber festgestellt haben bei unserer Nichtbezugs-Studie, die wir erstellt haben in der Zwischenzeit und auch die Daten haben für das erste Covid-Jahr, dass es dort einen leichten Anstieg des Nichtbezuges gab. Wir werden diese Studie nächstes Jahr dann aktualisieren und wir gehen davon aus, dass es sich dabei um eine temporäre Erhöhung gehandelt hat des Nichtbezuges aufgrund von Covid, aber ob das so ist, werden wir erst sehen, wenn wir die neuen Daten haben in der nächstjährigen Studie.

Der Anzug im folgenden Traktandum 42 hat dann quasi verlangt, und die Mehrheit von Ihnen hat ihn überwiesen, dass wir diese Erhöhung des Freibetrages verstetigen, also nach den zwei Jahren nicht wieder auf die alten Beträge zurückgehen. Das haben wir jetzt so vollumfänglich umgesetzt, indem wir das nämlich in den Unterstützungsrichtlinien, die verbindlich sind, so festgeschrieben haben, dass der Vermögensfreibetrag zum Beispiel für eine Familie mit zwei Kindern bei 20'000 Franken liegt und bei Einzelpersonen neu bei 8'000 und nicht mehr bei 4'000. Das ist umgesetzt, von dem her haben wir sogar den befristeten Motionsauftrag erfüllt wie auch das Begehren des Anzuges und das werden wir jetzt auch so lassen.

Deshalb beantragt Ihnen der Regierungsrat, diese beiden Geschäften, also die Motion und den Anzug als erledigt abzuschreiben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Als Sprecher hat sich Oliver Bolliger gemeldet.

*Oliver Bolliger (GAB):* Nur kurz auch für das Protokoll. Hiermit möchte ich mich bei Ihnen allen bedanken für die Erfüllung der Motion zur Erhöhung des Freibetrags bei der Sozialhilfe während der Pandemiezeiten und für die Erfüllung des Anzugs zur Verstetigung dieses Freibetrags auch in der Zukunft.

Diese Anpassung der Unterstützungsrichtlinie in der Sozialhilfe ist aus meiner Sicht und aus Sicht der Armutsprävention ein kleiner, aber doch ein wichtiger Schritt. Ich mag mich noch gut an die Parlamentsdebatte in der Messe Basel erinnern und wie knapp damals die Motion ein zweites Mal durchgekommen ist. Die Regierung wollte damals diese Motion, auch wegen formalen Sachen wie Ungleichbehandlung und weil die Forderung damals ja auch zeitlich befristet gewesen ist, zuerst nicht entgegennehmen, auch weil die Forderung nicht mit den SKOS-Richtlinien kompatibel war. Nun knapp fünf Jahre später freut es mich wirklich sehr, dass sich die Sichtweise zu diesem Thema insgesamt auch ein wenig geändert hat und bei vielen hier im Saal diese Anpassung der Unterstützungsrichtlinie nicht mehr zu grossem Widerstand geführt hat. Ich hoffe, dass diese Anpassung nun auch von der SKOS aufgenommen wird und vielleicht auch in anderen Kantonen eine Erhöhung des Freibetrags ein Thema werden kann.

Besten Dank für Ihre Unterstützung damals und für den sachlichen Blick auf die Sache.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion als erledigt abzuschreiben.



#### **42. Anzug Oliver Bolliger und Konsorten betreffend Verstetigung der angepassten Erhöhung des Freibetrags bei der Sozialhilfe zwecks Armutsprävention, Schreiben des RR**

[17.04.24 17:09:05, 23.5267.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

##### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

#### **43. Anzug Andrea Elisabeth Knellwolf und Konsorten betreffend wirkungsvolle Senkung der Regulierungsfolgekosten, Schreiben des RR**

[17.04.24 17:09:39, 19.5496.03]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Das Wort geht an Regierungsrat Kaspar Sutter.

*RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU:* Eine geringe administrative Belastung unserer Unternehmen ist ein wichtiger Faktor für unsere Standortattraktivität und das langfristige wirtschaftliche Wachstum. Die Minderung dieser Regulierungskosten war und ist ein wichtiges Ziel des Regierungsrates. Deshalb liess er die Regulierungsfolgenabschätzung im Kanton Basel-Stadt auch umfassend evaluieren, eine dieser Forderungen des vorliegenden Anzuges.

Regulierungen sind notwendig für das Funktionieren unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft. Dass man im Strassenverkehr rechts fahren muss, eine Regulierung des Staates, ich glaube, das leuchtet allen Menschen auf den ersten Blick ein, dass eine solche Regulierung doch sehr viel Sinn macht. Aber auch im Wirtschaftsbereich, wenn wir zum Beispiel in ein Restaurant gehen, sind wir doch froh, dass es im Hygiene- und Lebensmittelbereich Regulierungen gibt, die die Restaurantbetriebe einhalten müssen und die auch entsprechend kontrolliert werden.

Gleichzeitig können aber bei der Einhaltung oder bei der Umsetzung von Regulierungen auch Aufwände entstehen. Beispielsweise müssen Verpackungen mit den nötigen Informationen versehen werden oder eben diese Hygienevorschriften müssen eingehalten werden durch die Betriebe. Unsere Aufgabe als Behörde, und ich spreche da sowohl vom Regierungsrat und der Verwaltung als auch vom Grossen Rat, ist es deshalb, ein Gleichgewicht zwischen dem Regulierungsnutzen und den Regulierungskosten zu finden. So können ideale wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen in unserem Kanton auch geschaffen werden. Entsprechend nimmt der Regierungsrat die Anliegen der Anzugsstellenden ernst.

Er liess, wie bereits gesagt, die RFA, die ja eingeführt wurde als Meccano, um die Regulierungskosten besser zu verstehen und möglichst zu verhindern, doch extern evaluieren. Die Wirkung dieses Instruments wurde mittels Umfragen, Interviews und auch eine Dokumentenanalyse eingehend analysiert, auf diesem Ergebnis basierend wurden Verbesserungsmöglichkeiten erarbeitet. Das kantonale Instrument muss immer als Teil des gesamten nationalen und kantonalen Gesetzgebungsprozesses betrachtet werden.

Viele der Regulierungen, die wir haben oder die wir zu vollziehen haben, auch als Behörde, die sind auf Bundesebene gemacht. Unsere Regulierungen, insbesondere im Wirtschaftsbereich, sind im Vergleich zu den Bundesregulierungen an einem sehr kleinen Ort. Bereits in der Beantwortung des Anzugs Stephan Mumenthaler und Konsorten betreffend Regulierungskostenbericht wurde festgestellt, dass insbesondere die Umsetzung des Bundesrechts zu hohen Regulierungsfolgekosten führt. Deshalb ist diese Thematik auch auf Bundesebene bekannt und wird immer wieder mittels Vorlagen adressiert.

Die durchgeführte Studie zeichnet ein positives Bild. Die RFA im Kanton Basel-Stadt sei gut aufgestellt und konzipiert. Unser Verwaltungspersonal wird für die Bedürfnisse der Wirtschaft sensibilisiert durch diese RFA und bereits früh im Gesetzgebungsprozess werden auch mögliche Alternativen diskutiert. Der Regierungsrat schätzt deshalb auch dieses



Instrument, sieht jedoch aber auch Verbesserungspotenzial, das wir Ihnen hier darlegen. Das sind insbesondere fünf Massnahmen zur Weiterentwicklung, die Sie auch in unserer Antwort finden.

Dabei geht es um die regelmässige Schulung des Verwaltungspersonals zur Etablierung von Standards, es geht um einen stärkeren Einbezug externer Sachverständigung für die Erhöhung der Effektivität und Qualität von Erlassen durch die praxisnahe Erfahrung. Mit den Wirtschaftsverbänden soll deshalb ein Prozess mit Einbezug von externen Praktikerinnen und Praktikern definiert werden im Nachgang zu der heutigen Diskussion hier in diesem Raum. Das findet noch nicht durchgehend statt, aber wir möchten in Zukunft, dass es obligatorisch wird, die RFA-Dokumente, die existieren bei den Geschäften, an den Grossen Rat auch zu übermitteln. Das gibt Ihnen die Möglichkeit zu sehen, was die Überlegungen sind, wo Schwierigkeiten bestehen bei der Regulierung und was für andere Alternativen auch geprüft wird.

Es soll auch im RFA-Fragebogen geprüft werden, ob eine Befristung eines Erlasses möglich ist. Dies ist bei gewissen Erlassen gut möglich und auch sinnvoll. Ich erinnere Sie zum Beispiel an die Förderbeiträge an die Elektromobilität, die der Regierungsrat ganz bewusst bis 2030 terminiert hat und dann ist diese Förderpraxis dann vorbei. Bei anderen Bereichen würde es eher zu mehr Aufwand und zu mehr Bürokratie führen, zum Beispiel einem Gesundheitsgesetz, das generell zu befristen, ich denke, das wäre nicht sehr effizient, das zu tun. Es gibt sicher Bereiche von staatlichem Handeln, das eine Stetigkeit hat und auch notwendig ist und dort würde es auch wenig Sinn machen, einen solchen Erlass mit einer Sunset-Klausel zu befristen. Das würde einfach bedeuten, dass Sie ganz viele Gesetze zum Beispiel alle vier Jahre wieder diskutieren müssten. Ich glaube, das wäre nicht im Interesse und würde vor allem auch die Regulierungsfolgen für die KMUs nicht reduzieren.

Und dann möchten wir auch bei einzelnen Bereichen eine Ex-post-Analyse durchführen. Im Moment wird das gerade gemacht bei der Wohnschutzgesetzgebung, wo wir ganz bewusst jetzt schauen, wie ist die Regulierung umgesetzt und wo sind da die Schwierigkeiten und gibt es da Verbesserungspotenzial. Das möchten wir in Zukunft selektiv machen und insbesondere dort, wo wir sehen, dass vielleicht eine Regulierung zu unerwarteten Kosten führt, dass das auch in Zukunft möglich ist und man dann auch die Regulierung entsprechend anpassen und überdenken kann.

Alternative Instrumente wurden ebenfalls auf deren Machbarkeit und Umsetzbarkeit im Kanton Basel-Stadt geprüft. Wir möchten aber das Rad nicht komplett neu erfinden, wir haben aber auch dargelegt, wo wir diese Alternativen geprüft haben und nicht umsetzen möchten. Aber die Hauptforderung auch des externen Berichts mit diesen Massnahmen, die wir jetzt umsetzen, werden gemacht und deshalb gehen wir davon aus, dass das Instrument der RFA auch effektiver wird mit dem Ziel, dass wir, wie anfangs gesagt, den Nutzen von Regulierungen erreichen und die Kosten dabei insbesondere für die KMUs möglichst tief halten.

Deshalb möchte der Regierungsrat Sie bitten, diesen Anzug, weil er sehr weitgehend erfüllt wurde, auch heute abzuschreiben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Erste Fraktionssprecherin für die Mitte/EVP ist Andrea Elisabeth Knellwolf.

*Andrea Elisabeth Knellwolf (Mitte-EVP):* Regierungsrat Kaspar Sutter, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Ich finde tatsächlich, die Regierung, die Verwaltung haben hier viel gearbeitet, viel geleistet, haben das auch ernst genommen, haben auch fundierte Analysen, Vergleiche angestellt, das finde ich gut. Ich weiss auch, es ist ein schwieriges Thema, das nicht mit einfachen Lösungen behandelt werden kann. Ich habe nicht den Eindruck, dass das die Regierung machen möchte, dennoch möchte ich Ihnen beantragen im Namen der EVP/Mitte-Fraktion, diesen Anzug noch stehen zu lassen. Es ist noch zu früh, um zu sagen, wir sind hier auf der richtigen Ebene unterwegs in der Verwaltung. Es steht noch aus, die Struktur der vertieften Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Wirtschaftsverbänden, Wirtschaftsspezialistinnen und -spezialisten. Ich glaube, das ist genau ein sehr entscheidendes Element in dieser Analyse und in diesen Verbesserungen der Regulierungsfolgekosten. Ich glaube, ohne dass das jetzt stattgefunden hat und definiert ist, können wir diesen Anzug noch nicht abschreiben.

Ich sehe, dass in gewissen Punkten die Regierung und die Verwaltung auch ein bisschen zurückhaltend sind, wo ich mir mehr Mut gewünscht hätte. Gerade in diesen Sunset-Themen, dass man sagt, doch, warum nicht, wir probieren das jetzt häufiger. Ich freue mich auch darauf, dass wir dann im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens die Rückmeldungen aus der Wirtschaft und aus dem Gewerbe hören, was sind hier die Einschätzungen. Ex-post dort zu analysieren, wo es Probleme gegeben hat, ist zu spät, das bedingt, dass die Gewerbetreibenden, usw. wieder zuerst auf die Barrikade müssen, damit mehr hingeschaut wird, damit nach Lösungen gesucht wird. Sie wissen, gerade im Zusammenhang mit dem aufgeführten Beispiel der Wohnschutzinitiativen, der Wohnraumförderung, wie lange, dass das dann geht. Also eine verstärkte Analyse im Vorfeld und eine transparente Darlegung, wie diese Analyse auch durchgeführt wurde und was die Ergebnisse der Vernehmlassung in diesem Punkt waren, darauf freue ich mich sehr.

Insgesamt unter dem Strich freue ich mich, dass das ernst genommen wird, aber es ist noch zu früh, jetzt diesen Anzug als erledigt abzuschreiben.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die FDP spricht Luca Urgese.

*Luca Urgese (FDP):* Dieser Anzug hat einen guten Prozess angestossen. Ich möchte da die Aussage meiner Vorrednerin auch bekräftigen, diese Antwort zum Anzug enthält viele positive Punkte und das wollen wir auch entsprechend würdigen. Insbesondere dass eine umfassende externe Evaluation vorgenommen wurde, dass man da auch den Mut hat, extern zu gehen, sich da kritisch überprüfen zu lassen und dass aus dem jetzt auch ein Massnahmenpaket resultierte mit fünf konkreten Massnahmen, wie der Prozess weiter verbessert werden soll. Insbesondere künftig die systematische Prüfung von Sunset-Klauseln und auch den Einbezug von Sachverständigen, der im Gesetz festgeschrieben ist, der hier jetzt noch anders ausgestaltet werden soll. Und insbesondere auch die Umkehr, also dass es künftig eine Begründungspflicht geben soll, wenn es keine Befristung gibt oder wenn es keinen Einbezug von externen Sachverständigen gibt. Also diese Umkehr, die scheint uns doch auch wichtig. Und dann auch diese Ex-post-Analysen, bei aller berechtigten Kritik, da sie erst im Nachhinein erfolgen, aber das liegt bis zu einem gewissen Grad auch in der Natur der Sache, dass man erst im Nachhinein überprüfen kann, welche Auswirkungen eine gewisse Regulierung gehabt hat, aber dass man das jetzt auch systematisch überlegen will, wann machen wir das, das finden wir überaus positiv. Das sind alles Schritte in die richtige Richtung mit Blick darauf, dass die Wirtschaft Regulierungskosten von ungefähr 6,3 Milliarden Franken pro Jahr schweizweit zu tragen hat.

Aber es gibt auch kritischen Punkte und das ist der Grund, wieso wir den Anzug stehen lassen wollen. Wir, und damit meine ich auch die Wirtschaftsverbände oder insbesondere die Wirtschaftsverbände, beurteilen die Regulierungsfolgenabschätzung, wie sie heute ist, nicht so positiv, wie es die Analyse von Ecoplan ergeben hat. Also es scheint hier auch eine gewisse Diskrepanz in der Wahrnehmung zu geben zwischen der Wirtschaft und der Verwaltung. Das haben die Verbände, die auch einbezogen wurden in diese Evaluation, auch so zum Ausdruck gebracht und mir scheint auch mit Blick auf diese Evaluations-Formulare, die wir teilweise angehängt bekommen, in unserer Wahrnehmung scheint dies eher ein notwendiges Übel zu sein. Wir haben jedenfalls bisher nicht erkannt, dass man auf eine beabsichtigte Regulierung explizit verzichtet hat, weil eben die RFA ergeben hat, das wäre vielleicht für die Wirtschaft nicht so gut, sondern mir scheint, man versucht dann eher irgendwo die korrekte Begründung oder eine einigermaßen plausible Begründung zu finden, wieso jetzt diese Regulierung dann trotzdem eingeführt werden soll. Das liegt irgendwo auch in der Natur der Sache. Wenn also die Stelle, die die Regulierung einführen und ausarbeiten soll, dann evaluieren soll, ist es das eine gute oder eine schlechte Sache, dass die dann eher zum Schluss kommt, dass es eine gute Sache ist, das liegt ja irgendwo auch auf der Hand. Das ist vielleicht auch der grundsätzliche Konstruktionsfehler der RFA, wie wir sie heute praktizieren.

Und jetzt der Hauptgrund, warum wir diesen Anzug stehen lassen wollen. Der Regierungsrat hat in seiner Stellungnahme ausgeführt, er will einen verbindlichen, klaren Prozess einführen für den Einbezug von externen Sachverständigen und da sollen die Wirtschaftsverbände auch entsprechend einbezogen werden. Das finden wir überaus positiv selbstverständlich. Was die Wirtschaftsverbände aber nicht machen werden, ist einfach eine Vermittlungsstelle zu sein, sozusagen das Telefonbuch für die Verwaltung. Beispielsweise soll eine Regulierung von Heizungen erfolgen, dass man dann zu den Wirtschaftsverbänden geht und dann fragt, ja, könnt ihr uns irgendwo drei Heizungsmonteure angeben, die wir fragen können, ob das eine gute oder schlechte Sache ist, und dann kommt das zurück und dann gibt es einen Stempel, ja, die Wirtschaft wurde einbezogen, die Beteiligung der Wirtschaft ist eine gute Sache. Das können wir selbstverständlich so nicht unterstützen, wenn das so beabsichtigt wäre. Natürlich unterstützen wir den Einbezug von praktischem Wissen aus der Wirtschaft und sind gerne bereit, an einem solchen Prozess mitzuwirken, aber nur mit der nötigen Sorgfalt und der nötigen Breite.

Dazu haben wir dem Regierungsrat auch bereits einen konkreten Vorschlag unterbreitet, wie wir uns das ungefähr vorstellen könnten. Wir sind also sehr bereit, sehr offen für Diskussionen, damit da im ganzen Prozess eine konsolidierte Rückmeldung aus der Wirtschaft im Prozess einer solchen Regulierungsfolgenabschätzung abgegeben werden kann. Und erst wenn jetzt dieser Prozess dann definiert wurde, was noch ansteht, können wir abschliessend beurteilen, ob § 2 des Standortförderungsgesetzes aus unserer Sicht angemessen erfüllt worden ist. Und das ist ja die gesetzliche Grundlage dieses Einbezugs von externen Sachverständigen. Das ist auch der Grund, das war ein Kritikpunkt in früheren Diskussionen, das ist der Grund, wieso es hier einen gesonderten Prozess gibt. Ausgelöst damals durch eine Volksinitiative hat man diese Regulierungsfolgenabschätzung eingeführt, einen gesonderten Prozess, separat zum Vernehmlassungsverfahren eingeführt. Das ist der Grund, wieso dass es das gibt und wieso dass man das auch entsprechend sinnvoll ausgestalten sollte.

Deshalb bitten wir Sie, lassen Sie diesen Anzug stehen, bis dieser Prozess entsprechend definiert werden konnte und dann können wir beurteilen, wurde dieser § 2 vom Standortförderungsgesetz angemessen erfüllt oder nicht.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Für die SP spricht Beda Baumgartner.



*Beda Baumgartner (SP):* Ich möchte zu diesem Anzug und zu dem Antrag auf Stehenlassen folgende zwei Dinge mitgeben. Zuerst einmal finde ich, haben wir hier auch im Vergleich zu anderen Anzügen eine relativ ausführliche Stellungnahme des Regierungsrates mit dem Prüfen und dem Berichten von den verschiedenen vorgeschlagenen Modellen und Varianten im Anzug. Und wenn ich jetzt Vorredner Luca Urgese richtig verstanden habe, dann geht es eigentlich mit dem Stehenlassen darum, dass man zu wenig Vertrauen in den Regierungsrat hat, dass er die tatsächliche Umsetzung, die er ankündigt im Anzug in Bezug auf die Zusammenarbeit mit den entsprechenden Stakeholdern, wirklich ausführt. Das überzeugt mich nicht so ganz, weil ich jetzt in der Tendenz dem Regierungsrat Basel-Stadt nicht den Vorwurf machen würde oder in Zweifel ziehen würde, dass er mit den entsprechenden Stakeholdern zu wenig und zu wenig konkret zusammenarbeitet. Wir haben diverse andere Geschäfte kürzlich behandelt in der WAK, aber auch in diesem Rat dann nachher, wo wir das eigentlich sehr gut sehen konnten, dass diese Zusammenarbeit funktioniert. Vielleicht sogar aus linker Perspektive teilweise zu gut oder zu wenig auch unabhängig, aber ich glaube darum, dass dieses Fragezeichen eigentlich nicht so im Raum steht.

Dann noch grundsätzlich vielleicht, ich meine, das ist ja auch mit diesem Anzug aufgeworfen worden, die Regulierungsfolgenabschätzung, die ist ja im Kanton Basel-Stadt relativ weitgehend. Also es ist ja nicht so, dass wir im Kanton Basel-Stadt keine oder zu wenig griffige Regulierungsfolgenabschätzung in Bezug auf dieses Thema haben, sondern wir haben eigentlich eher die Fragezeichen, dass wir andere Aspekte unseres gesellschaftlichen politischen Lebens auch abdecken sollten. Das haben wir ja auch diskutiert mit der Klimafolgenabschätzung zum Beispiel, die jetzt kommen wird, und ich bitte Sie darum schon, auch nochmal diese Diskussion aus dieser Perspektive anzuschauen, ist es vom Kosten-Nutzen-Verhältnis auch, und da frage ich jetzt insbesondere auch die bürgerliche wirtschaftliche Seite in diesem Saal, wirklich sinnvoll und zielführend, diesen Anzug stehen zu lassen.

Was genau wollen Sie mit diesem Stehenlassen und der Beschäftigung der Verwaltung für eine erneute Stellungnahme in zwei Jahren bewirken, ausser dass Sie vielleicht nicht das volle Vertrauen haben, dass das wirklich so umgesetzt wird, wie es jetzt angekündigt wird? Das ist für mich zu wenig stichhaltig, um diesen Anzug stehen zu lassen. Wenn tatsächlich die entsprechenden Akteure und Stakeholder zum Schluss kommen sollten, dass das überhaupt nicht funktioniert, dann werden Sie ja relativ zeitnah und relativ schnell und kritisch nachdoppeln und wahrscheinlich auch Änderungen beantragen.

Darum bitte ich Sie im Namen der SP-Fraktion, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Sprecher des Regierungsrates verzichtet auf ein zweites Votum. Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben des Anzugs gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehen lassen gemäss Antrag Andrea Elisabeth Knellwolf

### **Ergebnis der Abstimmung**

**44 Ja, 46 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003326, 17.04.24 17:28:45]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 46 Nein-Stimmen bei 44 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

## **44. Interpellation Nr. 25 Michael Hug betreffend ist der Regierungsrat nicht interessiert an der Erhöhung der Stromproduktion in Basel?, Schriftliche Beantwortung**

[17.04.24 17:29:07, 24.5091.02]



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Michael Hug (LDP):* Ich bedanke mich bei der Regierung für die Beantwortung meiner Interpellation. Es ist ein Thema, das ich schon einmal politisiert habe und nachgefragt habe. Ich finde es gut und bin dankbar, dass der Regierungsrat hier eingesteht, dass der Energiebedarf zunehmen wird. Der Regierungsrat rechnet mit einer Steigerung des Strombedarfs im Kanton Basel-Stadt. Er sagt dann auch, dass er ein grosses Interesse daran hat, über die Konzessionserneuerung des Kraftwerk Birsfelden weiterhin zu betreiben und was mich freut, dass bei der Ausarbeitung dieser Konzessionserneuerung auch geprüft werden soll, ob es eine Kapazitätserhöhung geben kann. Es steht dann auch, dass eine Rheinaustiefung, die notwendig wäre, natürlicherweise auch mit verschiedenen Verbänden und aufgrund von Interessen genau geprüft werden müsste. Aber dass immerhin hier auch der Wille besteht, dass man das prüft, finde ich schon mal sehr gut.

Ich bin aus diesem Grunde teilweise zufrieden, weil nicht steht, dass man das so machen wird, aber nicht nicht zufrieden, weil die Regierung klar sagt, dass eine Kapazitätserhöhung geplant oder geprüft werde.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

#### **45. Anzug Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend Niederschwelliger Zugang zur Kriseninterventionsstation (KIS), Schreiben des RR**

[17.04.24 17:31:07, 22.5467.03]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Das Wort geht an Regierungsrat Lukas Engelberger.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Die Beantwortung der Anzüge von Melanie Nussbaumer und Konsorten und von Sarah Wyss und Konsorten erfolgt gemeinsam in einem einzigen Schreiben an den Grossen Rat, da sich beide Vorstösse im Grundsatz mit der gleichen Thematik befassen, die darin aufgeworfenen Fragestellungen zu einem grossen Teil sich auch überschneiden. Thema ist der Umzug der Kriseninterventionsstation (KIS) vom Standort Universitätsspital Basel (USB) auf den Campus der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel (UPK). Ich möchte deshalb hier jetzt ein bisschen ausführlicher sprechen und dann nachher im nächsten Traktandum, das ist dann 46, wesentlich kürzer sein.

Ich möchte zunächst unterstreichen, dass die Kriseninterventionsstation (KIS) ein sehr wichtiges Angebot ist in unserer psychiatrischen, auch sozialmedizinischen Versorgungslandschaft. Es ist ein viel genutztes, ein niederschwelliges Angebot zur kurzfristigen Entlastung von Erwachsenen in psychischen Krisensituationen, zum Beispiel bei Ängsten, Depressionen, Schlafstörungen, Suizidgedanken oder ähnlichem. Das ist uns wichtig und das Angebot, das kann ich Ihnen versichern, hat auch bei sämtlichen beteiligten Spitälern und Mitarbeitenden bei ihnen ein sehr hohes Gewicht, auch bei uns im Departement.

Die KIS nimmt eine wichtige Rolle in der psychiatrischen Versorgung der Bevölkerung in der Region ein und das ist auch so, das macht sie auch am neuen Standort. Die UPK, die immer für den Betrieb der KIS verantwortlich waren und sind, haben den Umzug wissenschaftlich begleiten lassen und Daten erhoben, die in der Beantwortung der beiden Anzüge auch aufgeführt sind. Diese Daten zeigen deutlich, dass die KIS auch am neuen Standort auf dem UPK-Campus erfolgreich arbeitet. Die KIS wird von den Patientinnen und Patienten auch weiterhin gut angenommen und kann ihren Behandlungsauftrag durch das Angebot stabilisierender Kurzaufenthalte bei psychischen Krisen unverändert erfüllen. Der Anteil der Patientinnen und Patienten, die sich aus Eigeninitiative an die KIS gewendet haben, ist nach dem Umzug der KIS auf den UPK-Campus stabil geblieben. Für uns ist das ein wichtiger Indikator, es geht ja darum nachzuweisen, dass die Niederschwelligkeit weiterhin gegeben ist.

Der im Vorfeld des Umzugs befürchtete Rückgang von Nutzenden des Angebots aufgrund von vermeintlichen Stigmatisierungsproblemen am neuen Standort ist nicht eingetreten. Vielmehr scheinen sich Patientinnen und Patienten in psychischen Krisensituationen weiterhin vertrauensvoll an die nun auf dem UPK-Campus gelegene KIS zu wenden. Es ist so, dass ein Umzug vorübergehend ein gewisses Destabilisierungsrisiko hat, dass vielleicht auch einzelne Werte in der Zufriedenheitsbeurteilung vorübergehend sinken, das war hier auch vereinzelt zu beobachten, aber insgesamt hat sich das sehr gut stabilisiert und wir können das heute sagen, dass jetzt die Befürchtungen, die zum Teil auch in diesem Saal



geäussert wurden vor dem Umzug, nicht eingetreten sind. Das ist jetzt allerdings nicht ein Grund, einfach den Blick abzuwenden, sondern die Nutzung und die Zufriedenheit der Patientinnen und Patienten am neuen Standort wird durch die UPK auch weiterhin monitorisiert werden, und das kann ich Ihnen zusagen, unabhängig jetzt von den konkreten Entscheiden zu den einzelnen Anzügen wird das weiterhin gemacht werden.

Die UPK arbeiten kontinuierlich an der Einhaltung eines möglichst hohen Behandlungsstandards sowie an der laufenden Optimierung des Angebots an der Kriseninterventionsstation. Zum jetzigen Zeitpunkt zeigen sich die UPK, die Zuweisenden wie auch die Patientinnen und Patienten, mit dem neuen Standort zufrieden und es sind aus Sicht der UPK jetzt unmittelbar keine weiteren Massnahmen angezeigt. Deshalb verzichten die UPK derzeit auch auf die weitere Suche nach einem anderen Standort, was auch nach Auffassung des Regierungsrats korrekt ist.

Ich möchte Sie nun entsprechend bitten, unserem Antrag zu folgen und den Anzug von Melanie Nussbaumer und Konsorten betreffend niederschwelliger Zugang zur KIS sowie dann auch den Anzug Sarah Wyss betreffend die KIS muss im Akutspital bleiben abzuschreiben.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Als Sprecherin gemeldet hat sich Melanie Nussbaumer.

*Melanie Nussbaumer (SP):* Ich spreche auch gleichzeitig zu diesem wie auch zum nächsten Traktandum, den Anzug von Sarah Wyss, weil ja eben der Regierungsrat beide Vorstösse zusammen beantwortet hat. Auch spreche ich im Namen der SP- und der GAB-Fraktion.

Wir haben vor mehr als einem Jahr im März meine Motion zum niederschweligen Zugang zur Kriseninterventionsstation zweitüberwiesen, und zwar als Anzug. Erst danach ist die KIS umgezogen, Ende Mai, also vor weniger als einem Jahr hat die Station im Unispital geschlossen. Und jetzt will der Regierungsrat bereits den Anzug abschreiben lassen, obwohl es erst eine sechsmonatige Evaluation gab des neuen Standorts. Das ist viel zu kurz, diese Evaluationszeit, um wirklich viel aussagen zu können. Und das behaupte jetzt nicht einfach ich, sondern das steht wortwörtlich in der Beantwortung des Regierungsrats selbst. Ich zitiere aus der Antwort: «Die Kürze des Beobachtungszeitraums und die vorübergehenden Effekte der Abteilungsschliessung am USB, des Umzugs, der Neueröffnung und der begleitenden baulichen Massnahmen, lassen eine verlässliche Vorhersage weiterer Entwicklungen noch nicht zu.» Zitat Ende.

Deshalb wird, wie der Regierungsrat gesagt hat, die UPK die Entwicklung auch weiterhin beobachten. Wir können also aufgrund dieser sechsmonatigen Evaluationszeit noch kein Fazit ziehen, wie es mit der Niederschwelligkeit auf dem UPK-Campus aussieht. Jetzt ist das schön und gut, wenn die UPK weiterhin das Monitoring fortführt. Das ist super, aber damit wir dann auch die Ergebnisse dieser Evaluation bekommen, damit wir diese Daten zu sehen bekommen, ist es sinnvoll, wenn wir den Anzug stehen lassen. So muss sich der Regierungsrat nämlich automatisch in zwei Jahren nochmals dazu äussern, auch weil bisher ja noch keine verlässliche Aussage dazu gemacht werden kann.

Wichtig ist mir hier auch noch folgendes mitzugeben: Gemäss dieser kurzen Evaluation, die sowieso etwas kritisch ist, hat die Patientenzufriedenheit insgesamt abgenommen am neuen Standort. Ob das nun mit dem Umzug zu tun hat oder andere Gründe hat, ist schwierig zu sagen, aber grundsätzlich ist die Patientenzufriedenheit ein sehr wichtiger Indikator, den wir wirklich weiterhin beobachten müssen und wo ich wirklich auch hoffe für die Patientinnen und Patienten, dass die Zufriedenheit wieder zunimmt. Es ist auch ein besserer Indikator als dieser Indikator, dass die KIS weiterhin voll war. Die Antwort des Regierungsrats hat mich auch in der Grundannahme, dass eine KIS in einem Akutspital angegliedert niederschwelliger wäre, nicht wirklich umgestimmt. Im Grundsatz sind wir also weiterhin dafür, dass die KIS an einem Ambulanzspital angehängt werden soll, weil das eben in unserer Annahme niederschwelliger ist. Das sagen auch weiterhin alle Praktikerinnen und Praktiker, die sich mit psychisch Erkrankten und deren Stigma auskennen.

Bezüglich der Frage des Stigmas finde ich auch die Antwort des Regierungsrats etwas spärlich. Ich zitiere nochmals, Zitat: «Wie die Zahlen belegen, erfolgte die Triagierung für die KIS am Standort USB entstigmatisiert und prozessual campusnah.» Was soll das genau heissen, eine entstigmatisierte Triagierung? Stigmas kann man nicht per Gesetz oder Prozess abschaffen, das wäre ja super, wenn das so wäre. Und nur weil die Belegzahlen weiterhin hoch sind in der KIS, heisst das noch lange nicht, dass das entstigmatisiert ist. Es ist wichtig zu verstehen, dass die Niederschwelligkeit der KIS nicht an deren Auslastung ablesbar ist. Das wäre so, um einen Vergleich herzustellen, wie wenn die Post ihre Poststellen abbauen würde und dann verkündet, dass die Umsatzzahlen aber weiterhin stimmen, die Versorgung also nicht gelitten hätte, weil weiterhin Briefe verschickt werden. Die Frage ist ja, unter welchen Bedingungen und zu welchen Kosten. Es kann also durchaus sein, dass die KIS für manche Patient\*innen nicht mehr in Frage kommt auf dem UPK-Campus und trotzdem kann die KIS voll belegt sein. Das schliesse ich nicht aus.

Es braucht also wirklich bessere Argumente, um diese Anzüge bereits jetzt abschreiben zu können und deshalb bitte ich Sie im Namen der SP- und der GAB-Fraktion, beide Anzüge stehen zu lassen.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Das Wort geht an Raoul Furlano.

*Raoul I. Furlano (LDP):* Melanie Nussbaumer hat vieles inhaltlich korrekt gesagt, das finde ich auch, andererseits muss man jetzt einfach auch die Facts und die Geschichte nochmal kennen. Und übrigens, Beda Baumgartner, ich kann jetzt den Ball zurückgeben und sagen, haben Sie kein Vertrauen in den Regierungsrat? Darum umso mehr ist es genau das gleiche. Das war ein schlechtes Argument, ich sage das jetzt, aber ich würde das Vertrauen das nächste Mal nicht nehmen, weil ich habe Vertrauen in den Regierungsrat.

Inhaltlich, wenn man sagt, die Facts waren die, dass wir das lange diskutiert haben, ohne jetzt das Kommissionsgeheimnis preiszugeben, usw., aber wir haben viel über die KIS diskutiert auch in der Gesundheitskommission. Und dann haben wir nach valablen guten Varianten gesucht, wo die KIS hinkommen könnte ausser dort in die UPK und man hat damals, und das ist noch nicht so lange her, da gebe ich Ihnen recht, einfach keine andere Möglichkeit gesehen und hat aber, meines Erachtens, weil ich selber ein paar Mal vor Ort gewesen bin, zu schauen auch, ich weiss nicht, wie viele Leute hier drin, die jetzt mitbestimmen, überhaupt einmal gesehen haben, wo die KIS ist, wie die funktioniert, wurden Sie einmal eingeladen, ich schlage vor, gehen Sie einmal in den Campus dort bei der UPK, es hat für mich dort nichts mit Stigmatisierung zu tun, überhaupt nicht, gar nicht.

Und ja, sechs Monate für die Evaluation sind wahrscheinlich kurz, das sagt ja der Regierungsrat selber, wie Sie, Melanie Nussbaumer, auch gesagt haben, im Schreiben, das stimmt, aber der Trend, wenn ich, sagen wir jetzt, eine Praxis habe, auch eine psychiatrische, die ich nicht habe, aber wenn die Patienten nicht kommen, dann ist das ein Zeichen, dass etwas nicht stimmt, wenn sie nicht mehr kommen. Die gehen irgendwo anders hin oder sie sind schlecht betreut oder was auch immer. Die Zahlen zeigen jetzt in den ersten sechs Monaten, dass die nicht abgenommen haben, was hingegen vielleicht die Patientenzufriedenheit ist, an der es vielleicht noch zu arbeiten gibt. Und da vertraue ich jetzt aber auch der öffentlich-rechtlichen Institution, weil das Profis sind, dass sie die Qualität des Auftrages, den sie haben, wirklich auch weiter monitorisieren und das hat ja der Regierungsrat, glaube ich, in seinem Votum ja gesagt, dass das weiter geschieht.

Darum denke ich, wenn wir eine Alternative hätten, wenn wir sagen würden, ja, das kommt jetzt näher an den Campus somatisch, why not, das haben wir ja vielfach diskutiert, es gibt einfach keine andere Möglichkeit. Darum macht es für mich keinen Sinn, jetzt diesen Anzug weiter stehen zu lassen, wegen dem eigentlich. Inhaltlich sind wir ja alle ungefähr nahe beieinander, aber ich mache wirklich Werbung für die UPK und gehen Sie das einmal anschauen, bitte schauen Sie mal, wie das aussieht. Also ich ginge dorthin, wenn ich es nötig hätte.

Darum würde ich sagen, die LDP hat gesagt, wir schreiben beide Anzüge ab, Sarah Wyss wie auch den Anzug von Melanie Nussbaumer.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Raoul Furlano, nehmen Sie die Zwischenfrage an? Sie wird angenommen.

*Melanie Nussbaumer (SP):* Raoul Furlano, Ihnen ist ja immer wichtig, auch Fachpersonen zuzuhören und wenn Sie jetzt sagen, dass ganz viele Psychotherapeutinnen und -therapeuten, Psycholog\*innen sagen, dass Leute, die psychisch erkrankt sind, sich immer noch sehr fest schämen für ihre Erkrankung, das Stigma spüren, aberkennen Sie diesen Fakt? Was ist denn das Problem, das anzuerkennen, dass das Stigma noch existiert? Ohne dass das eine Kritik an die UPK ist.

*Raoul I. Furlano (LDP):* Nein, Melanie Nussbaumer, dann habe ich Sie falsch verstanden. Das Stigma ist leider immer noch da, aber das hat nichts mit der Lokalität zu tun, so wenig wie es mit einem Gesetz zu tun hat. Das Stigma hat nichts mit der Lokalität zu tun, sonst müsste man sagen, die UPK stigmatisiert ja alle, weil die ja irgendwo am Rande der Stadt ist. Die ist gar nicht am Rande der Stadt, ich hatte vom UKBB mit dem Velo vier Minuten.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Melanie Nussbaumer

### **Ergebnis der Abstimmung**



**36 Ja, 51 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003330, 17.04.24 17:47:52]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 51 Nein-Stimmen gegen 36 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.

Ich nutze die Gelegenheit, um Ihnen eine kurze Mitteilung zu machen. Ich wurde heute mehrfach gefragt, ob es eine Nachtsitzung gibt. Wenn Sie auf die Tagesordnung schauen und nirgendwo 20 Uhr steht, dann ist keine Nachtsitzung vorgesehen. Vielleicht steht in Ihrem Kalender immer noch eine Nachtsitzung, aber schauen Sie auf die Tagesordnung.

#### **46. Anzug Sarah Wyss betreffend die KIS muss im Akut-Spital bleiben - jetzt muss der Kanton handeln, Schreiben des RR**

[17.04.24 17:48:44, 19.5343.04]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Ich habe mir den Antrag auf Stehenlassen von Melanie Nussbaumer notiert.

Regierungsrat Lukas Engelberger verzichtet. Es liegen keine Wortmeldungen vor. In der zweiten Runde wünscht Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort und hat es.

*RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD:* Man kann jetzt den weiteren Geschäftsgang etwas erleichtern. Sie haben ein Geschäft jetzt uns noch einmal aufgetragen zur Berichterstattung, monitorisiert wird ohnehin. Dann könnte man jetzt auch sagen, die Sache nimmt ihren Fortgang und die Abstimmung hier ist nicht mehr materiell relevant. Sie könnten hier Abschreiben im Wissen, dass wir zum Thema unter dem Titel Anzug Melanie Nussbaumer noch einmal berichten werden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Bleiben Sie beim Antrag, Melanie Nussbaumer? Sie bleibt beim Antrag. Wir kommen zur Abstimmung.

#### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen gemäss Antrag Melanie Nussbaumer.

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**37 Ja, 48 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0003336, 17.04.24 17:50:37]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Anzüge bleiben zusammen stehen. Das Resultat ist 48 Nein-Stimmen gegen 37 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung.



#### **47. Anzug Sarah Wyss und Konsorten betreffend Überprüfung der Assistenzstellen in Hausarztpraxen, Schreiben des RR**

[17.04.24 17:50:45, 19.5483.03]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Wünscht Regierungsrat Lukas Engelberger das Wort? Er verzichtet. Es sind keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

##### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

#### **48. Interpellation Nr. 16 Fleur Weibel betreffend Ankündigung von Sicherheitspersonal an zwei Kleinbasler Schulen, Schriftliche Beantwortung**

[17.04.24 17:51:18, 24.5071.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat nun Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Fleur Weibel (GAB):* Ich danke der Regierung für die detaillierte Beantwortung meiner Interpellation zur Ankündigung von Regierungsrätin Stephanie Eymann, dass zwei Schulhäuser im Kleinbasel von privatem Sicherheitspersonal bewacht werden sollen. Vorausschicken möchte ich, dass es mir keinesfalls darum ging, die Probleme auf der Dreirosenmatte und im Kleinbasel klein zu reden. Es ist aus meiner Sicht aber zentral, dass wir die Probleme auch nicht grösser machen, als sie sind. Wie nun die Antwort der Regierung zeigt, hat die Kommunikation von Stephanie Eymann am Drogenstammtisch und anschliessend in den Medien aber genau ein solches Grösser machen der Probleme zur Folge.

Wie der Regierungsrat in seiner Antwort aufzeigt, trifft es nicht zu, dass auf Schultoiletten gedealt wird. Auch scheint es sich bei den weiteren erwähnten Vorfällen um vereinzelte Fälle zu handeln, die auch nicht zu Anzeigen geführt haben. Das heisst natürlich nicht, dass nicht auch Einzelfälle, gerade etwa von sexueller Belästigung auf dem Schulweg ein Problem wären. Sie sind ein Problem. Auch dass die Schulkinder durch die Glasscheibe des Pausenhofs Drogendeals und gewalttätige Konflikte auf der Dreirosenanlage beobachten müssen, ist ein Problem. Es ist deshalb gut, wurde die Pausenaufsicht in den Schulen aufgestockt und wird zudem geprüft, wie die Kinder im Umgang mit der angespannten Situation auf der Dreirosenmatte besser unterstützt werden können. Es ist aber auch gut, ist die bereits angekündigte Bewachung der Schulen durch Sicherheitspersonal nun gemäss Regierung lediglich eine Option, falls es zu einer Zuspitzung der Situation kommt, also falls es zu Vorfällen auf dem Schulgelände kommen sollte.

Dies ist bislang entgegen der öffentlichen Kommunikation von Regierungsrätin Stephanie Eymann nicht der Fall und das ist doch ziemlich bemerkenswert. Stephanie Eymann ist als Vorsteherin des Justizdepartements für die Sicherheit in unserem Kanton zuständig. Indem sie aber immer wieder einen dramatisierenden Diskurs wählt, der die Ereignisse auf unzulässige Weise zuspitzt, trägt sie zumindest auf kommunikativer Ebene zu einer Verunsicherung der Bevölkerung bei. Ich bin deshalb nun sehr dankbar um die sorgfältige Kommunikation der Regierung in der Beantwortung meiner Interpellation und wünsche mir diese Sorgfalt in Zukunft auch von unserer Sicherheitsdirektorin.

Mit der Beantwortung der Interpellation bin ich zufrieden.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist mit der Antwort zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.



#### **49. Interpellation Nr. 20 Eric Weber betreffend Zunahme der Notrufe, Schriftliche Beantwortung**

[17.04.24 17:54:56, 24.5077.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant ist abwesend, hat aber mitgeteilt, dass er mit der Antwort zufrieden ist.

#### **50. Interpellation Nr. 26 Anina Ineichen betreffend Velounfälle am Burgfelderplatz – Folgen und Learnings, Schriftliche Beantwortung**

[17.04.24 17:55:12, 24.5093.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Anina Ineichen (GAB):* Ich bin teilweise befriedigt. Die Situation dort bleibt offenbar unbefriedigend, aber wir hoffen immer noch, dass eine Lösung kommt. Ich sehe auch, dass es schwierig wird.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

#### **51. Anzug Heidi Mück und Konsorten betreffend Besteuerung der Einnahmen aus Einspeisevergütungen von Photovoltaik-Kleinanlagen und Netzentgelt, Schreiben des RR**

[17.04.24 17:56:01, 22.5038.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Wünscht Regierungsrätin Tanja Soland das Wort? Sie verzichtet. Damit kommen wir zu den Voten und hier hat sich Heidi Mück für ein Votum eingetragen.

*Heidi Mück (GAB):* Ich erkläre mich zwar einverstanden damit, dass der Anzug abgeschrieben wird, das heisst aber nicht, dass ich damit einverstanden bin, wie die Besteuerung von Einspeisevergütungen von Solar-Kleinanlagen aktuell gehandhabt wird. Und ich bin nicht einverstanden mit dem Bild, das uns vermittelt wird, dass der Kanton hier überhaupt keinen Spielraum hat. Klar, ein völliger Verzicht auf die Besteuerung von Einnahmen aus Einspeisevergütungen liegt nicht drin, das wird aus der Antwort auch klar, aber wenn ich den Schlussbericht zur Besteuerung von Solarstromanlagen des Bundesamts für Energie vom Juni 2023 richtig verstanden habe, dann gibt es durchaus Spielraum für die Kantone und diesen Spielraum, den fände ich toll, wenn wir den nutzen könnten. Es ist doch unbestritten von Vorteil, wenn die PV-Kleinanlagen nicht ausschliesslich Strom für den Eigenbedarf produzieren.

Mir stellen sich in diesem Zusammenhang einfach ein paar Fragen. Ist es denn nicht erwünscht, dass Private mit ihren PV-Kleinanlagen ihren überschüssigen Strom ins Netz einspeisen, soll das nicht belohnt werden? Wie motivieren wir die Inhaber\*innen von PV-Kleinanlagen dazu, mit ihrem eigenen Strom haushälterisch umzugehen? Wie motivieren wir Hausbesitzer\*innen, bestmöglich leistungsfähig PV-Anlagen zu bauen und ihren überschüssigen Strom ins Netz einzuspeisen und wie schaffen wir möglichst attraktive Bedingungen für Bewohner\*innen von Basel-Stadt, die sich überlegen, eine PV-Anlage zu bauen, zu installieren? Diese Fragen werden mich weiter beschäftigen und ich werde gegebenenfalls mit einem neuen Vorstoss kommen.



*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum.

**Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

**52. Interpellation Nr. 18 David Jenny betreffend steuerliche Attraktivität des Stiftungsstandort Basel-Stadt: Wie wird auf die Zürcher Konkurrenz reagiert?  
Schriftliche Beantwortung**

[17.04.24 17:58:47, 24.5074.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat eine schriftliche Stellungnahme eingereicht und ist mit der Antwort teilweise zufrieden.

**53. Interpellation Nr. 24 Béla Bartha betreffend Budget für Lehrmittel an den Schulen Basel-Stadt, Schriftliche Beantwortung**

[17.04.24 17:59:29, 24.5090.02]

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Béla Bartha (GAB):* Ich bedanke mich sehr für die ehrliche Antwort, aber dennoch unbefriedigende Beantwortung meiner Interpellation. In Ihrer Antwort bestätigen Sie, dass die Kosten besonders aufgrund gestiegener Lizenzausgaben bei den digitalen Lehrmitteln beachtlich zugenommen haben, um im selben Moment aufzuzeigen, dass Sie die Budgets für die Schulen in diesem Bericht seit 2015 gerade einmal von 217 Franken auf 237 Franken, um also 20 Franken erhöht haben. Das ist doch eher eine magere Ausbeute.

Auf den ersten Blick könnte man meinen, ja, immerhin so viel, aber in meiner Interpellation verweise ich auf den konkreten Fall, dass wir 2023 die Einführung von zwei neuen Fächern, nämlich Medien und Informatik in den Schulen beschlossen haben und hierfür ja eigentlich auch neue oder angepasste Unterrichtsmittel für die Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung gestellt werden sollten, da sie ja zwangsläufig auch zu den Budgeterhöhungen für die Beschaffung von Unterrichtsmaterial hätten führen sollen. So wie es nun in der Antwort steht, hat dieser logische Schritt aber nie stattgefunden. Die Rechtfertigung, die Sie nachliefern, ist auch nicht wirklich nachvollziehbar, so sagen Sie, dass eine Einführung neuer Fächer nicht unbedingt die Bereitstellung neuer Lehrmaterialien nach sich ziehen muss und dann genau dies etwas später aber doch anzukündigen. Schön, dass den Lehrerinnen und Lehrern nun auch die nötigen Lehrmaterialien zur Verfügung stehen, aber die Finanzierung des Ganzen überlassen Sie nach wie vor den Schulen, die bei gleichbleibendem Budget mehr Material für weitere neue Fächer bereitstellen sollen. Damit zieht sich die Regierung und das ED mehr oder eher weniger elegant aus der Verantwortung und provoziert geradezu eine Reaktion des Parlaments bei der nächstbesten Gelegenheit, Bereitstellung eines angepassten Budgets zu fordern.

Wir vernehmen die Worte wohl, aber sie können nicht wirklich befriedigen und rufen nach einer Korrektur.

*Claudio Miozzari, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt und das gilt auch für die Traktandenliste. Ich danke Ihnen und wünsche einen schönen Abend.

Die Sitzung ist beendet.

**Schluss der 11. Sitzung**

18:02 Uhr

